:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 5.5.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

7. Mai: Demonstration gegen pro Köln

Köln stellt sich quer – Aufstehn, hinsehen und dazwischen gehen!

Für den 7. Mai hat „pro Köln“, formal als „pro NRW“, einen „Marsch für die Freiheit“ angekündigt und hatte vor Monaten als Sammelplatz die Deutzer Freiheit angegeben. Inzwischen spricht die Gruppe von der Kölner Innenstadt. Zahlreiche Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen bis hin zum Oberbürgermeister protestieren. Zwei Bündnisse haben sich gebildet – „Köln stellt sich quer“ und „Aufstehn – Hinsehen – Dazwischen gehen“.

Vorgeschichte

2008 und 2009 hatte „pro Köln“ zu Anti-Islam-Konferenzen nach Köln eingeladen. Der Protest und Widerstand dagen mit über 20.000 Menschen 2008 wurde weit über das Bundesgebiet bekannt. Die

Polizei verbot schließlich die „pro Köln“-Veranstaltung. 2009 konnte „pro Köln“ auf dem Platz des ehemaligen Barmer Blocks mit vielleicht 200 Personen eine kleine Kundgebung abhalten, die sie nach kurzer Zeit unter den Pfiffen von hunderten Gegendemonstranten schnell beendeten. Pro Köln klagte gegen die Polizei, die ihre Veranstaltung 2008 zu unrecht verboten habe bzw. 2009 nicht angemessen geschützt habe. Die Gerichte folgten dieser Argumentation, die die Kölner Polizei für entsprechende Folgeveranstaltungen nun rechtlich unter Druck setzt. Das ist auch ein Grund, warum „pro Köln“ ihre Demonstration jetzt als „Marsch für die Freiheit“ bezeichnen.

Parteiaufbau von „pro NRW“ geht nur langsam voran

Die Landtagswahl in NRW war für „pro NRW“ ernüchternd: Erststimmen 0,9 % und Zweitstimmen 1,4 %. 107.476 Menschen haben in NRW den Rechtsextremen ihre Stimme gegeben. Immer noch zu viel! „Pro“ erhält in den folgenden Jahren eine Wahlkampfkostenerstattung von über 100.000 Euro. Diesen Mittelfluss darf man nicht unterschätzen. Er führt dazu, dass „pro NRW“ weiter Zulauf erhält, z. B. mit dem bekannten ehemaligen NPD-Funktionär Andreas Molau, der inzwischen Beisitzer im Landesvorstand von „pro nrw“ ist, aber auch in Köln waren auf dem Neujahrsempfang 2011 mehr Personen anwesend als in den Vorjahren.

„Pro NRW“ hält sich anscheinend für so stark, dass sie das Kölner Ratsmitglied Manfred Rouhs nach Berlin abkommandiert haben, um bei der Wahl im September für das Abgeordnetenhaus als Spitzenkandidat anzutreten. Sicher gibt es auch Querelen bei den Rechtsextremen, insbesondere die Rollen von Uckermann und Rouhs scheinen umstritten. So ist ihnen auch der deutsch-schwedische Unternehmer Patrik Brinkmann von der Fahne gegangen, der mit Millionen Euro „pro Deutschland“ aufbauen wollte.

Diplomatische Offensive ohne Antisemitismus?

Bei den Veranstaltungen 2008 und 2009 kündigte „pro Köln“ Redner an, die den Holocaust verleugneten. Dies isolierte sie zum Teil in den eigenen Reihen, auf jeden Fall aber in der Öffentlichkeit. Anfang April führte „pro NRW“ eine „deutsch-israelische Konferenz“ unter dem Motto durch „Islamisierung stoppen – Demokratie durchsetzen“. Auf der Konferenz trat auch der „Außenbeauftragte“ der Provinz Samarien David Ha’ivri auf. Er war für die Kach-Partei aktiv, die 1988 aufgrund ihrer rassistischen Positionen in Israel verboten wurde. Die mobim-Analysen 5-2011 schreiben: „Israel, Kanada und die USA stuften die Kach-Partei als

weiter Seite 3

Antifaschistische Nachrichten wieder aktuell im Netz

Seit dem 1. Mai gibt es einen neuen Internetauftritt der Antifaschistischen Nachrichten. Neben den aktuellen Ausgaben der Zeitung sind auch die älteren Jahrgänge noch im Archiv als pdf-Dateien nachzulesen.

Aus dem Inhalt:

Gedenkveranstaltung in Buchenwald 5

Breiter Protest gegen Naziaufmärsche am 1. Mai 7

51. GfP-Tagung

Wahlsburg. Die 1960 maßgeblich von Altnazis gegründete „Gesellschaft für freie Publizistik“ will ihren 51. Kongress am 20. bis 22. Mai „im Herzen Deutschlands“ durchführen. Stattfinden soll die Tagung unter dem Motto „Vom Tabubruch zur Systemkrise. Deutschland lässt sich nicht abschaffen!“. Als Kontaktadresse für die Konferenz, die u.a. im revanchistischen Wochenblatt „Der Schlesier“ beworben wird, ist Margret Nickel aus Wahlsburg benannt.

Nickel hatte die Buchhandlung von Holle Grimm übernommen, der Tochter des NS-Schriftstellers Hans Grimm.

hma ■

Lersch-Platz wird umbenannt

Österreich/Graz. Der Gemeinderat in Graz hat mehrheitlich die Umbenennung des Heinrich-Lersch-Platzes beschlossen. Der Platz soll künftig den Namen der antifaschistischen Widerstandskämpferin Helene Serfecz tragen, die 1943 von den Nazis in Graz hingerichtet wurde. Die Nazis beriefen den in Mönchengladbach geborenen Heinrich Lersch (1889-1936) 1933 in die „Deutsche Akademie der Dichtung“. Im gleichen Jahr findet man Lerschs Namen unter dem Treuegelöbnis von 88 deutschen Schriftstellern für Adolf Hitler. Die FPÖ hatte sich gegen die Straßenumbenennung gewehrt und ein Gutachten in Auftrag gegeben. In diesem spricht der an der Universität Freiburg lehrende Privatdozent Dr. Ralf Georg Czapla den so genannten Arbeiterdichter von einer Nähe zur NS-Ideologie frei. *hma* ■

„Islamkritisches Wochenende“

Stuttgart. Der Landesverband Baden-Württemberg der „Bürgerbewegung Pax Europa e.V.“ (BPE) will vom 2. bis 5. Juni ein „islamkritisches Wochenende“ in Stuttgart durchführen. Geplant sind mehrere simultane Veranstaltungen zum Thema „Christenverfolgung“, auf denen zahlreiche Referenten auftreten sollen, sowie zwei Kundgebungen. Als Ehrengast wird Robert Spencer von „Stop Islamization America“ aus den USA erwartet. Unterstützt wird die Veranstaltung von den Stuttgarter Anhängern des rassistischen Weblogs „PI-News“.

Bereits im April vergangenen Jahres hatte die BPE in Stuttgart eine Kundgebung „Gegen Frauenunterdrückung“ durchgeführt, die von antifaschistischen Protesten begleitet wurde.

hma ■

Nazikonzert im Berchtesgadener Land

Nach Informationen der Internetseite stopptdierechten.at[1] fand am vergangenen Wochenende, also wenige Tage vor dem Geburtstag Hitlers, im Berchtesgadener Land ein „nationaler Liederabend“ statt. Bei dem Neonazikonzert soll nicht nur der Münchner Neonazikader Norman Bordin gesprochen haben, sondern es wurden von den „versammelten Kameraden“ angeblich auch 600 Euro für den „Rechtskampf“ des sich derzeit in Untersuchungshaft befindet inhaftierten österreichischen Holocaustleugner Gottfried Küssel gespendet. Die Neonazis brachten des weiteren in der Höhe des Grenzübergangs Walserberg ein 8 Meter langes Transparent an, welches lange Zeit nicht entfernt wurde[2].

Ob Neonazis aus dem Berchtesgadner Land auch am heutigen Samstag (23.4.11) zu dem sogenannten „Veneto Fest“, eine große Rechtsrock-Veranstaltung in Nordostitalien reisen, ist noch unbekannt[3]. Fest steht jedoch, dass sie im vergangenen Jahr anwesend waren. Wie Fotos[4] belegen, präsentierten sich die oberbayerischen Nazis unter anderem mit einer „Bad Reichenhall Hate Society“ Flagge, zeigten den Hitler-Gruß und trugen T-Shirts mit der Aufschrift „University Auschwitz – gegründet 1941 – Genetik, Ethnologie, Endlösung“. Die auf den Fotos erkennbaren Bad Reichenhaller Neonazis Ronald und Thomas Schneider sowie Wolfgang Buchstätter waren im vergangenen Jahr (8.5.2010) auch auf dem SS-Gedenken am Gugelbach in Karlstein/Bad Reichenhall anwesend. Bereits seit Wochen wird in extrem rechten Kreisen wieder für den 8. Mai diesen Jahres die „Gedenkveranstaltung (…) für die französischen Waffen-SS Angehörigen der Division Charlemagne“ in Bad Reichenhall beworben.

Das antifaschistische Rabatz-Bündnis ist entsetzt wie Neonazis in der Region Bad Reichenhall agieren können ohne auf Widerstand zu stoßen. Anna Jade, Pressesprecherin des Bündnisses betont deshalb, dass die antifaschistische Demonstration am 21. Mai in Bad Reichenhall sich nicht nur gegen rechte Traditionspflege und den millitaristischen, nationalistischen deutschen Normalzustand richte, sondern explizit auch gegen die aktuellen neonazistischen Aktivitäten im Raum Bad Reichenhall. „Wegschauen und Verschweigen hilft nicht weiter, Neonazis und rechtes Gedankengut müssen aktiv bekämpft werden“ so Jade wörtlich.

Quelle: pressemitteilung Brh 2011-2 vom 23.4.2011, http://badreichenhall.org/ ■

1 http://www.stopptdierechten.at/2011/04/19/brd-osterreichstrommasten-und-geiseln-furkussel/#more-2009

2 Das Transparent wurde angeblich in der Nacht vom 15. auf 16.04.11 angebracht. Stolz wird am 18.04.11 auf einer Neonaziinternetseite berichtet:„Bis zum heutigen Tage wurde das Transparent nicht entfernt. Bei einem sehr hohen Verkehrsaufkommen von ca. 10 Autos in der Minute kann dies als eine sehr gelungene Aktion gewertet werden,“

3 Dieses wird von der neonazistischen Gruppierung der „Veneto Fronte Skinheads“ (VFS) organisiert, welcher Verbindungen zum in Deutschland verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerk nachgesagt werden. Bereits seit vielen Jahren stellen die VFS-Aktivisten internationale Rechtsrock-Konzerte mit mehreren tausend Besuchern über Ostern, im Sommer und im Herbst auf die Beine. Unter den Besucher_innen sind auch immer wieder zahlreiche deutsche Neonazis.

4 Die Fotos vom Rechtsrockfestival der „Veneto Fronte Skinheads“ aus dem April 2010 wurden uns anonym zugespielt. Quelle: pressemitteilung Brh 2011-2 (vom 23.04.2011), http://badreichenhall.org/

„Souvenez-vous! Remember! Erinnert Euch!“

Veranstaltung zur Erinnerung an das Leben und Wirken von Peter und Ettie Gingold

Matinee/Auftaktveranstaltung der kürzlich gegründeten Gingold-Erinnerungsinitiative am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg: Gezeigt wird eine neu erstellte Filmdokumentation mit Aufnahmen aus dem Leben und Wirken von Ettie und Peter Gingold und mit Interviews von Zeitzeugen und Menschen, die den Gingolds und ihrer Arbeit eng verbunden waren. Im Anschluss daran findet eine Gesprächsrunde mit Beteiligten und Betroffenen aus diesem Kreis statt. Musikalisch umrahmt wird die Matinee von der Gruppe Politokk.

Sonntag, 8. Mai, 11-13 Uhr, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, großer Saal

Morddrohungen gegen Antifaschisten

Dortmund. In der Nacht zum 14. April sprühten Neonazis ein Hakenkreuz und den antikommunistisch motivierten Mordaufruf „Kommis töten“ auf das Wohnhaus des bekannten Antifaschisten

Fortsetzung von Seite 1

terrorismusverdächtige Gruppierung ein. Ha'ivri wurde in den 1990 Jahren zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt, nachdem er in einem Fernsehinterview die Ermordung des israelischen Yitzhak Rabin im November 1995 gefeiert hatte.... Ha'ivri tritt für die Annexion des Westjordanlands an Israel ein. Die arabischstämmige Bevölkerung, die sich nicht ‚loyal' zum Staat Israel verhält, soll seiner Auffassung nach in andere arabische Staaten umgesiedelt werden." Mobim kommt zu dem Schluss: „...wichtiger als die Verurteilung des Antisemitismus ist augenscheinlich die Betonung des ‚Islam' als gemeinsamer Feind."[1]

7. Mai 2011: Rechtsextremes Propaganda-Event

Aus den Ankündigungen von pro Köln kann man den Eindruck gewinnen, dass die Mobilisierung für den 7. Mai keine große Ausstrahlung findet. Als Redner werden Filip Dewinter vom Vlaams Belang und Dr. Susanne Winter von der FPÖ angekündigt.

Zum ersten Mal rufen auch die „Republikaner" mit Schlierer zur Veranstaltung auf. In dem Aufruf, den die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit" am 22. April veröffentlichte, gibt es kaum Überraschungen, außer dass jetzt auch die „pro nrw"-Kommunalvertreter nach Köln mobilisieren.

In einer begleitenden Meldung der „Jungen Freiheit" wird der Generalsekretär von „pro NRW", Markus Wiener wie folgt zitiert: „Wir werden aber keinen Jota nachgeben und wie geplant am 7. Mai die Demokratieprobe aufs Exempel machen." Daraus kann man entnehmen, dass „pro NRW" versuchen wird, juristisch durchzusetzen, dass sie nicht nur über die Deutzer Brücke zum Heumarkt demonstrieren dürfen, sondern auch die weitere angemeldete Route über den Neumarkt zum Rudolfplatz.

Treffpunkte für die Gegendemonstrationen

Die Kölner Polizei hat angekündigt die Deutzer Brücke am 7. Mai komplett sperren zu wollen. Sie wollen damit sogar schon um 10 Uhr beginnen. Das heißt, wer sich zu den diversen Gegenveranstaltungen bewegen will, sollte immer berücksichtigen, dass der Zugang und Abgang nach und von Deutz nur über die Hohenzollernbrücke und die Severinsbrücke möglich ist.

◗ Das Bündnis „Köln stellt sich quer" unterstützt einen ökumenischen Gottesdienst in der Kirche St. Heribert in der Deutzer Freiheit, um ein klares Zeichen zu setzen: In der Deutzer Freiheit kann sich „pro Köln", wie anfangs geplant, nicht aufstellen. Beginn **10.30 Uhr.** Wichtig ist, zu dieser Veranstaltung zu mobilisieren und das mutige Engagement der Kirchen auch durch Anwesenheit zu unterstützen.

◗ Das „Bündnis gegen pro Köln" mobilisiert für **10 Uhr** nicht weit entfernt zur Siegburgerstraße/Ecke Arminiusstraße. Darüber hinaus auch für 10 Uhr zum Kölner Hauptbahnhof, Bahnhofsvorplatz. Alles weitere wird das Bündnis vom weiteren Geschehen abhängig machen, nach dem Motto: „Aufstehn – Hinsehen – Dazwischen gehen".

◗ Ab **11.30 Uhr** mobilisiert dann „Köln stellt sich quer" zur Frankenwerft, unterhalb der Deutzer Brücke, um deutlich zu machen, dass „pro Köln" in der Kölner Innenstadt nicht erwünscht ist.

Beide Bündnisse werden Infopunkte und Infostellen einrichten. Sie sind über die Internetseiten oder durch persönliche Infos erfahrbar:

www.koeln-bonn.dgb.de
www.dazwischengehen.mobi

jöd ■

1 mobim-analysen, 05/2011, Informationen der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie, www.mobim.info

Debatte um NPD-Verbot ist scheinheilig

Berlin. „Die Innenminister in Bund und Ländern müssen jetzt Farbe bekennen und klar angeben, ob sie die Voraussetzungen für ein neues NPD-Verbotsverfahren wirklich schaffen wollen. Dazu gehört in erster Linie die Abschaltung der Spitzel des Verfassungsschutzes", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke fährt fort: „Ein Verbot dieser faschistischen Partei ist schon lange fällig und würde den Neonazis den Schutz des Parteienprivilegs sowie die staatliche Parteienfinanzierung nehmen. Doch schon das erste NPD-Verbotsverfahren scheiterte 2003, weil die Gremien der NPD von V-Leuten des Verfassungsschutzes unterwandert waren. Solange die Innenminister von Bund und Ländern nicht bereit sind, diese Geheimdienstspitzel abzuschalten, ist jede Ankündigung eines erneuten Verbotsverfahrens scheinheilig."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

und Gewerkschafters Gerd Pfisterer in Dortmund. Diese Drohung gegen Gerd Pfisterer und seine Frau muss ernst genommen werden, denn Dortmund ist seit langem eine Hochburg militanter Neofaschisten. Mit derartigen Einschüchterungen versuchen Neonazis, aktive Antifaschisten und linke Aktivisten einzuschüchtern und aus der Stadt zu vertreiben. Dass die Neonazis dabei vor Gewalt nicht zurückschrecken, beweisen der Mord eines Neonazis an einem Punker vor einigen Jahren und die regelmäßigen Überfälle auf alternative und linke Treffpunkte ebenso wie der brutale Angriff von faschistischen Schlägern auf die Mai-Kundgebung des Dortmunder DGB im Jahr 2009.

Von Seiten der Stadt und der Polizei wird die faschistische Bedrohung in Dortmund regelmäßig verharmlost. Ich forderte die Polizei und Staatsanwaltschaft auf, den Nazi-Terror endlich ernst zu nehmen und die Morddrohungen gegen Gerd Pfisterer konsequent zu verfolgen. Angesichts des bisherigen zögerlichen Vorgehens der Behörden gilt es um so mehr, den antifaschistischen Selbstschutz zu organisieren. Und wenn am 3. September erneut Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet in Dortmund aufmarschieren wollen, werden wir ihnen eine Niederlage bereiten, wie bereits im Februar in Dresden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Die Abwertung der Anderen.
Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskrimierung

Dipl. Soz. Andreas Hövermann, Universität Bielefeld, Mitarbeiter an der gleichnamigen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Rechtspopulistische Parteien in Schweden, Norwegen und Dänemark

Nina Schillings, M.A. – Politikwissenschaftlerin, Köln

Samstag, 28. Mai 2011
14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Widerstand gegen geplanten NPD-Landesparteitag

NIEDERSACHSEN. Die NPD will ihren Landesparteitag in Northeim abhalten. Dazu will sie die Stadthalle nutzen. Die Stadt Northeim hatte nach dem NPD-Antrag kurzfristig eine neue Nutzungsordnung beschlossen. Danach hätte die Stadthalle nicht mehr für überregionale Parteiveranstaltungen vermietet werden dürfen. Derzeitig sieht es aber so aus, dass die Stadt Northeim in ihrer Stadthalle einen überregionalen NPD-Parteitag dulden muss. Dieses Urteil wurde vom Oberlandesgericht Lüneburg gefällt. Noch ist die Auseinandersetzung um die Nutzung der Halle für den geplanten NPD-Parteitag nicht endgültig entschieden, da die Stadt Northeim erwägt, eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil aus Lüneburg einzulegen. Die Lüneburger Richter haben die Nutzung der Halle für die NPD-Parteiveranstaltung damit begründet, dass die Benutzungsbedingungen erst geändert wurden, nachdem die Anträge der NPD vorgelegen hätten.[1]

In einer Presseerklärung schreibt die Antifaschistische Linke International:

„Den Faschisten und ihrer verbrecherischen Ideologie darf kein Raum überlassen werden! Wenn die Neonazis dieses Jahr versuchen nach Northeim zu kommen, dann werden wir ihnen einen heißen Empfang bereiten. Die gebetsmühlenartig wiederholte Begründung, die NPD sei eine legale, demokratische Partei und müsse daher Parteitage abhalten dürfen, wird bei genauerem Hinsehen ad absurdum geführt: So ist der bekannte Neonazi und Anführer der ‚Kameradschaft Northeim' Thorsten Heise seit 2004 Bundesvorstandsmitglied der NPD und sitzt im Kreistag des Landkreises Eichsfeld. Bei ihm wurde im Rahmen einer Hausdurchsuchung am 30.10.2007 ein Maschinengewehr und eine Maschinenpistole gefunden. Der ehem. Vorsitzende des NPD-Unterbezirks Göttingen Marco Borrmann, der im Januar 2009 als Schulassistent am Göttinger Max-Planck-Gymnasium wegen seiner Neonazi-Gewalttaten entlassen wurde, ist ebenfalls im Führungskreis der KS-Northeim aktiv, trat bei Aufmärschen (u.a. am 15.1.2005 in Magdeburg) neben Personen auf, die an der Pumpgun-Schießerei am 30.11.2008 in der Göttinger Tabledance-Bar „Moon Light" beteiligt waren. Bei darauf folgenden Hausdurchsuchungen im Dezember 2008 und Januar 2009 wurden in der rechten Szene im Umland Göttingens regelrechte Waffenlager ausgehoben. ... Das Gericht sprach (nun) den Neonazis nicht nur das Recht zu, sich in Northeim zu treffen, sondern legte sogar den genauen Termin fest. Am Sonntag den 22.5.2011 von 8 bis 22 Uhr ist es der NPD laut OVG gestattet, in der Stadthalle zu tagen. Damit bleibe genug Zeit, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren, da das OVG davon ausgehe, dass mit Gegendemonstrationen zu rechnen sei. Dieser Parteitag solle den Auftakt der Kommunalwahl markieren, bei dem auch ein neuer Landesvorstand gewählt werde.

Die Sprecherin der A.L.I. fordert alle antifaschistischen Kräfte auf, sich den Neonazis entgegen zu stellen. Auch wenn die juristischen Mittel zur Verhinderung der Neonaziveranstaltung im Moment ausgeschöpft scheinen, die politische Entscheidung werde auf der Straße stattfinden!"[2]

bee ■

1)Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung"
2) Presseinformation der A.L.I. vom 16.4.2011

Angst vor Stammtischen

SPD streitet über Einstellung des Parteiausschlussverfahrens gegen Sarrazin

Wenn die SPD-Führung gehofft hatte, über die Ostertage würde Gras über die Rücknahme des Parteiausschlussverfahrens gegen Thilo Sarrazin wachsen, hat sie sich getäuscht. Während Sarrazin das „einvernehmliche Ergebnis" als „Sieg der Vernunft" lobte, äußerten am Dienstag bundesweit Sozialdemokraten ihren Unmut.

Der seit 37 Jahren der SPD angehörende frühere Finanzsenator und Exbundesbanker musste sich am Gründonnerstag vor der Parteischiedskommission Wilmersdorf-Charlottenburg wegen seines rassistischen und sozialdarwinistischen Bestsellers „Deutschland schafft sich ab" rechtfertigen. Nach einer Erklärung Sarrazins, wonach er weder Migranten diskriminieren noch sozialdemokratische Grundsätze verletzen wollte, hatten die Bundes- und Landespartei sowie weitere Beschwerdeführer ihren Ausschlussantrag überraschend zurückgezogen. Sarrazin habe sich durch die Relativierung sozialdarwinistischer Äußerungen und die Klarstellung von Missverständnissen „wieder auf den Boden der Meinungsfreiheit in der Partei begeben", rechtfertigte die als Parteilinke geltende SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am Dienstag im Deutschlandfunk die Rücknahme des Antrags. Wahltaktische Überlegungen habe es dabei keine gegeben. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der in der Öffentlichkeit zwar als scharfer Sarrazin-Kritiker auftrat, doch sich gleichzeitig ganz in dessen Sinn für Sanktionen gegen „Integrationsverweigerer" stark machte, gab ihr in einer Erklärung „Rückendeckung".

Bis Dienstag mittag hatten bereits mehr als 400 Mitglieder der Partei, darunter mehreren Kreisvorsitzende, eine „Berliner Erklärung" unterzeichnet, in der der „Zickzackkurs der Partei" kritisiert wird. Es folgt eine Entschuldigung bei denjenigen, „die sich durch diese Haltung verletzt oder enttäuscht fühlen". Gleichzeitig appellieren die Unterzeichner an unzufriedene Genossen, die Partei nicht zu verlassen: „Jetzt gerade nicht! Wir brauchen Euch! Die Partei braucht Euer politisches Rückgrat!" Die SPD bliebe die „Partei des sozialen Aufstiegs", in der „menschenverachtendes Gerede oder gar rassistischer Habitus" keinen Platz hätten. Die Unterzeichner betonen, dass sie die Meinungsfreiheit verteidigten. Die SPD sei jedoch eine politische Wertevereinigung, die durch ihr Grundwertekorsett einen äußersten Meinungsrahmen vorgebe, der „nicht verhandelbar" sei. Die politische Verantwortung und der Gestaltungsanspruch der SPD endeten nicht an irgendeinem Wahltag. In Berlin wird am 18. September ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Der Vorstand der Berliner SPD traf sich am Nachmittag zu einer Sondersitzung.

Der Gründer des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokraten, Sergey Lagodinsky, hat aus Protest seinen Austritt aus der SPD erklärt. „Ich kann es in einer Partei mit Sarrazin aushalten, aber ich kann es nicht in einer Partei aushalten, die sich aus Angst vor dem Stammtisch einem Sarrazin nicht stellen will", begründete er seinen Schritt in einem Brief an Nahles. Der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid hält Sarrazins Erklärung für „unbefriedigend" und sieht die „mühselig aufgebaute Verankerung" der SPD „in der Einwanderer-Community" gefährdet. SPD-Innenexperte Sebastian Edathy drohte für den Fall neuer Provokationen des Exfinanzsenators mit einem neuen Ausschlussverfahren. „Sollte er sich erneut biologistisch äußern, wäre sein Ausschluss aus der SPD unumgänglich." Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier zeigte sich hingegen erleichtert, dass der Partei ein jahrelanges Schiedsverfahren erspart blieb. Nun müsse Sarrazin durch sein Auftreten beweisen, dass er in der SPD noch zu Hause sei.

Dass Sarrazin sein weit über eine Million Mal verkauftes Buch, das immer noch in den Auslagen vieler Buchhandlungen liegt und auch vom Bücherdienst der faschistischen NPD vertrieben wird, nun vom Markt zurückzieht, ist nicht bekannt.

Ulla Jelpke ■

zuerst erschienen in junge welt 27.4.2011

Gedenkveranstaltung in Buchenwald

Besondere Ehrung für Siegener Kommunist Walter Krämer

In einer bewegenden Feierstunde hat die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. im Kinosaal der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald anlässlich des 66. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April des Jahres 1945 in besonderer Weise an Walter Krämer erinnert. An der Gedenkveranstaltung nahm neben Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald Dora und Kommandos (IKBD) auch der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, teil. Aus dem Siegerland waren ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem DGB Südwestfalen und dem VVN-BdA zu den Feierlichkeiten angereist.

Der Krämer-Biograph Karl Prümm stellte in einem Vortrag noch einmal das

Die neue Gedenktafel im Krematorium der Gedenkstätte Buchenwald

Leben und die Leistungen Krämers dar, während Joe Mertens für die VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein vom bereits jahrzehntelangen zähen Ringen um die Anerkennung der Verdienste des Siegener Kommunisten in dessen Heimatstadt Siegen berichtete. Im Anschluss an die Feierstunde der LAG Buchenwald folgte die zentrale Kundgebung des IKBD auf dem Appellplatz des Lagers an der auch wieder zahlreiche Überlebende des Konzentrationslagers teilnahmen.

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Bertrand herz und Romani Rose auf der Kundgebung.

Auszüge aus der Rede von Bertrand Herz auf der Kundgebung

... Im vergangenen Jahr wurde feierlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Lagers am 11. April 1945 gedacht. ... In diesem Jahr erinnern wir an ein tragisches Ereignis aus dem Krieg. Am 22. Juni 1941, also vor 70 Jahren, begann das Hitler-Regime einen richtigen Ausrottungsfeldzug gegen die Völker der Sowjetunion. Millionen Menschen, Männer und Frauen, Militärangehörige und Zivilpersonen, kamen durch die nazistische Barbarei ums Leben.

Das Internationale Komitee schließt sich dem Gedenken an das erlittene Leid an. Es beteiligt sich an der Ehrung für die sowjetischen Soldaten, von denen mehrere Millionen auf schändliche Weise durch die Nazis umgebracht wurden. Einige von ihnen, auch Frauen, litten in den Lagern Buchenwald, Dora und den Außenkommandos, verweigerten oft die Zwangsarbeit und wurden in manchen Fällen kaltblütig ermordet. Ehren wir also den Mut der sowjetischen Völker angesichts der nazistischen Aggression. Erwähnen wir auch das heldenhafte Verhalten der Einwohner von Leningrad, die unter Opferung von 1 Million Toten erfolgreich den Bombenangriffen und dem Hunger einer fast 900 Tage lang dauernden Belagerung widerstanden haben.

Das Internationale Komitee erweist den Kämpfen der Roten Armee die Ehre, ihrem Sieg bei Stalingrad und ihrer ganz entscheidenden Beteiligung an der Zerschlagung des Nazismus.

Und ein anderes Gedenken beschäftigt uns noch.

In diesem Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland dem Leid der Sinti und Roma während des zweiten Weltkrieges feierlich die Ehre erwiesen und dem schrecklichen Massenmord, von dem diese Gemeinschaft betroffen war. Ein Überlebender hat in diesem Jahr am 27. Januar vor den Mitgliedern des Bundestages in Berlin im Rahmen des Gedenkens an die Opfer des Nazismus das Wort ergriffen.

In der gleichen Zeit, also in den letzten Monaten, hat es leider aber auch rassistisches Gedankengut und Erklärungen gegen diese Gemeinschaft in Europa gegeben und in einigen Ländern Übergriffe, Aufrufe zum Hass und sogar Morde.

Das Internationale Komitee schließt sich dem Gedenken an die massenhafte Vernichtung der Sinti und Roma an, von denen auch viele unsere Kameraden im Lager waren. Es schließt sich ebenfalls dem Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung an, dem diese Gemeinschaft auch heute noch ausgesetzt ist und gegen den Negationismus, der versucht, aus dem Gedächtnis der europäischen Nationen jede Art von Genozid zu löschen, den die Nazis begangen haben.

Übersetzung:
Franka Günther

Auszüge aus der Rede von Romani Rose auf der Kundgebung

Verehrter Herr Präsident, lieber Bertrand Herz, lieber Professor Knigge, liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ganz besonders begrüße ich die Überlebenden, die heute unter uns sind.

Die Verpflichtung, die aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen erwächst, ist längst zu einem Fundament unserer politischen Kultur und unseres europäischen Selbstverständnisses geworden.

Dazu gehört die Einsicht, dass vor nunmehr 66 Jahren nicht nur die wenigen überlebenden KZ-Opfer befreit wurden, sondern die deutsche Gesellschaft als Ganzes: befreit von einer mörderischen und menschenverachtenden Ideologie, der 500.000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden zum Opfer gefallen sind und die ganz Europa in den Abgrund gerissen hat.

... Dass die Stimmen der Zeitzeugen allmählich verstummen, ist gewiss eine schwere Bürde. Umso mehr müssen wir die Herzen und Köpfe der jungen Menschen für demokratische Werte und Menschenrechte gewinnen. Um Jugendliche zur Zivilcourage zu erziehen, brauchen wir Beispiele aus der Geschichte, die als Vorbilder dienen: mutige Männer und Frauen, die trotz der Gefahren für sich und ihre Familien nicht die Augen verschlossen, sondern sich aktiv dem Unrecht widersetzten. Auch Angehörige unserer Minderheit verdanken solchen Menschen mit Gewissen und aufrechtem Gang, die sich

für die Verfolgten einsetzen, ihr Überleben. Zu ihnen gehört der niederländische Sinto Zoni Weisz, der als achtjähriger Junge von einem Polizisten, einem Mitglied der niederländischen Widerstandsbewegung, vor der Deportation nach Auschwitz gerettet wurde. Zoni Weisz überlebte als Einziger seiner Familie den Holocaust. Dass er am 27. Januar dieses Jahres als erster Vertreter unserer Minderheit im Deutschen Bundestag die Gedenkrede hielt, betrachte ich als eine historische Zäsur.

Meine Hoffnung ist, dass von dieser Gedenkstunde im Bundestag ein Signal an die Politik und Gesellschaft, an die Wissenschaft, die Medien, aber auch die Gedenkstätten ausgeht, den jahrzehntelang verdrängten Völkermord an den Sinti und Roma noch stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, gerade auch im Rahmen staatlicher Erinnerungspolitik. Allzu oft mussten wir erleben, dass das Leid unserer Menschen in offiziellen Gedenkakten allenfalls am Rande Erwähnung fand. Die Kontinuität rassistischer Feind-und Zerrbilder über unsere Minderheit ist ganz wesentlich in diesem blinden Fleck der historischen Erinnerung begründet.

Wir erleben in der jüngeren Vergangenheit europaweit nicht nur ein Erstarken rechtsextremer Parteien und Gruppierungen, sondern auch eine dramatische Zunahme von rassistisch motivierten Übergriffen. Nach den Recherchen der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ und dem Berliner Tagesspiegel wurden in Deutschland seit 1990 mindestens 137 Menschen Opfer rechter Gewalt – eine wahrhaft erschreckende Zahl.

In vielen europäischen Staaten gehören Sinti und Roma zu bevorzugten Zielgruppen rassistisch motivierter Gewaltakte. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien scheuen in manchen Ländern nicht davor zurück, sich in populistischer Manier aus dem Arsenal tief verwurzelter antiziganistischer Klischees und Zerrbilder zu bedienen, um auf Stimmenfang zu gehen. Dieses Schüren von Vorurteilen um des eigenen politischen Vorteils willen bereitet dem organisierten Rechtsextremismus und seiner rassistischen Ideologie den Weg in die Mitte der Gesellschaft. Verschärft durch die Wirtschaftskrise und die Suche nach Sündenböcken entsteht so ein gesellschaftliches Klima, das die Schwelle für Gewalttaten immer stärker sinken lässt.

Die feigen rassistischen Morde an elf ungarischen Roma durch Neonazis seit 2008, die selbst vor der Ermordung eines fünfjährigen Kindes und dessen Vater nicht zurückschreckten, stellen in ihrer Brutalität und Skrupellosigkeit eine neue Dimension der Gewalt gegen unsere Minderheit dar. Vor drei Wochen hat im Landgericht Pest der Prozess gegen vier Tatverdächtige, die für insgesamt 6 Morde verantwortlich gemacht werden begonnen; das Urteil wird voraussichtlich noch in diesem Jahr verkündet. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wird das Verfahren zusammen mit ungarischen Roma-Organisationen genau verfolgen.

Seit vielen Jahren setzten wir uns bei Gesprächen mit der ungarischen Regierung, aber auch bei Regierungsvertretern anderer Staaten dafür ein, dass die politisch Verantwortlichen jede Form von Rassismus eindeutig verurteilen und sich insbesondere von rechtsextremen Parteien und Organisationen klar abgrenzen. Entwicklungen wie aktuell in Ungarn, wo rechtsextreme Vereinigungen und Parteien paramilitärische Aufmärsche in Ortschaften organisieren, um gegen die dort lebenden Roma massiv bedrohlich vorzugehen, sind äußerst besorgniserregend.

An manchen Orten riegeln Mitglieder der rechtsextremen Partei „Jobbik“ und ihr nahestehender Garden von Roma bewohnte Viertel regelrecht ab. Aus Angst verlassen die Roma-Familien kaum noch ihre Häuser, ihre Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Oft unternehmen Bürgermeister und Stadtverwaltung nichts gegen diesen Aufmarsch von Rechtsextremisten – das Gewaltmonopol des ungarischen Staates wird von „Jobbik“ und den Garden regelmäßig außer Kraft gesetzt.

Ich habe den ungarischen Innenminister daher aufgefordert, den Schutz der Roma-Minderheit in Ungarn zu garantieren und die rechtsextremen Garden, die in der Tradition der faschistischen „Pfeilkreuzler“ stehen, zu verbieten. Hierzu gehört auch das Verbot rassistischer Propaganda im Internet.

Auch aus einer Reihe anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Tschechien, Slowakei, Rumänien oder Bulgarien werden ähnliche Auftritte rechtsradikaler Organisationen berichtet.

Vor gut einer Woche kam es auch in Deutschland, nämlich in Trier, zu Übergriffen von jungen Neonazis in einem Wohngebiet, in dem viele Sinti leben. Aus einem Fahrzeug heraus wurden Flaschen auf die Anwohner und auf geparkte Autos geworfen und dabei Nazi-Parolen gerufen. Der Staat ist aufgerufen, solchen gezielten Provokationen entschieden Einhalt zu gebieten, um eine drohende Eskalation der Gewalt von vorneherein zu verhindern.

Die Staatengemeinschaft muss sich in aller Klarheit gegen diese Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Kultur engagieren und – im Rahmen einer internationalen Richtlinie – staatenübergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung des organisierten und gewaltbereiten Rechtsextremismus entwickeln.

Die Lage für Sinti und Roma in Europa ist darüber hinaus von einer rassistischen Ausgrenzungspolitik bedroht, die von staatlicher Seite her in immer mehr Ländern forciert wird: wie zuletzt durch die Gesetzesinitiative in Rumänien, durch die der Minderheit dort – unter Verletzung der einschlägigen europäischen Normen – die Selbstbezeichnung als Roma verboten werden soll, um sie durch die abwertende Fremdbezeichnung „Zigeuner“ zu ersetzen. Eine solche Entrechtung und Diskriminierung zielt darauf, die Minderheit aus der nationalen Verantwortung auszugrenzen; ja sie zielt letztlich auf Vertreibung.

Es ist immerhin ein ermutigendes Zeichen, dass die Europäische Kommission im letzten Sommer erstmals direkt auf Diskriminierung und Stigmatisierung reagiert und von der französischen Regierung die Umsetzung europäischen Rechts verlangt hat. Nicht nur namhafte Künstler und Intellektuelle, sondern viele Tausende französische Bürgerinnen und Bürger haben gegen die rechtswidrigen Abschiebungen und die Stigmatisierung von Roma protestiert. Dieses Beispiel zeigt eindrücklich die Bedeutung einer kritischen Öffentlichkeit, die auf dem Engagement vieler einzelner Menschen beruht.

Menschen- und Minderheitenrechte sind unteilbar. Sinti und Roma sind seit Jahrhunderten in den Ländern Europas beheimatet, sie sind integraler Bestandteil europäischer Geschichte und Kultur. Diskriminierung, rassistisch motivierte Hetze und Gewalt gegenüber Sinti und Roma müssen durch die politisch Verantwortlichen und die europäischen Institutionen ebenso konsequent geächtet werden wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus. Dies ist die Lehre, für die Buchenwald und all die anderen Stätten des nazistischen Terrors stehen. ■

Quelle: www.buchenwald.de, www.nrw.vvn-bda.de

6000 gegen den Aufmarsch der NPD in Bremen

Bremen. Um 9.00 Uhr versammelten sich circa 4000 Menschen an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße / Neuenlanderstraße zu einer Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch. Das Ziel: den Aufmarsch der Neonazis verhindern. Ab 10.00 Uhr wuchs die Menge bis auf circa 6000 GegendemonstrantInnen an. Auf den mitgebrachten Transparenten war z. B. „Rigoros – beherzt – zusammen“ und „Ich denke, also bin ich … kein Nazi“ zu lesen. Viele Jugendliche waren mit Luftballons, Schildern und Wasserbomben ausstaffiert. Schon kurz nach Beginn des Demonstrationszuges versuchten mehrere Blöcke mit vielen hundert Menschen die angemeldete Demonstrationsstrecke zu verlassen, um sich Richtung Naziroute zu bewegen. Dort sollte das Motto „Keinen Meter!“ des breiten Bündnisses – von Gewerkschaften, antifaschistischen Initiativen, Verbänden und Vereinen getragen – eingelöst werden.

Während sich die Polizei entlang der Friedrich-Ebert-Straße zunächst zurückhielt, wurden die Versuche der GegendemonstrantInnen, auf die Naziroute zu gelangen, mit massivem Einsatz von Pfefferspray, Knüppeln und Wasserwerfern seitens der Polizei beantwortet. Gleichzeitig wurde auf der genehmigten Route die erste Reihe der antifaschistischen Demonstration ohne unmittelbaren Anlass und ohne Vorwarnung um kurz nach 10 Uhr von der Polizei brutal angegriffen.

SanitäterInnen berichten von insgesamt über 300 Personen, die wegen Pfeffersprayverletzungen, Prellungen und Schockzuständen durch die Polizeigewalt behandelt werden mussten. Die Polizei war offensichtlich fest entschlossen, den Aufmarsch der Nazipartei auch gegen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte mittels physischer Gewalt durchzusetzen. Trotzdem schafften es Gruppen von jeweils bis zu 300 Personen an der Langemarckstraße an die Naziroute und konnten sich dort für einige Stunden lautstark halten.

Die circa 185 Nazis rannten dementsprechend – kaum nachdem ihnen der Weg freigeprügelt wurde – auch innerhalb von einer Stunde ihre kurze Route ab und trafen gegen 13 Uhr wieder am Bahnhof Neustadt ein. Ihr Aufmarsch führte durch menschenleere Straßen – abgesehen von den GegendemonstrantInnen. In vielen Fenstern hatten AnwohnerInnen ihren Unmut zur Schau gestellt und Plakate mit der Aufschrift „No Nazis!“ aufgehängt.

„Der von der NPD groß angekündigte Sozialkongress ist auf eine erbärmliche Demonstration mit einfachen Redebeiträgen zusammengeschrumpft. Anstatt der ursprünglich erwarteten mehreren tausend Nazis und einer bundesweit mobilisierten Demonstration kamen nur rund 180 TeilnehmerInnen. … „Keinen Meter!“ hat deutlich gemacht, dass es in dieser Stadt unbequem ist, als Nazi aufzutreten“, so Norbert Schepers, einer der Sprecher des Bündnisses.

PM Bündnis „Keinen Meter“ ■

1500 in Halle

Etwa 1500 Gegendemonstrant_innen haben sich am 1. Mai in Halle den Nazis konsequent in den Weg gestellt und zumindest die geplante Aufmarschroute durch mehrere erfolgreiche Blockaden verhindert. Die Nazidemo wurde mehrmals umgeleitet und konnte schließlich nur sehr verkürzt stattfinden. Die Polizei hatte die Lage nicht im Griff. Bereits im Vorfeld hatte sich abgezeichnet, dass die Zahl der zu erwartenden Nazis durch die Polizei viel zu niedrig angesetzt war. Die Polizei konnte aufgrund dieser Unterschätzung im Vorfeld den Naziaufmarsch nur mit massiver Gewalt gegen die antifaschistischen Gegendemonstrant_innen durchsetzen. Wiederholt kam es zum Einsatz von Pfefferspray und Gummiknüppeln gegen friedliche Gegendemonstrant_innen. Insbesondere BFE-Einheiten zeichneten sich durch massiven Einsatz von Gewalt aus. Die Gegendemonstrant_innen ließen sich davon aber nicht abhalten und brachten auf verschiedene Art und Weise ihren Protest zum Ausdruck.

Die Nazis konnten 900 Personen vor allem aus dem Kameradschaftsspektrum nach Halle mobilisieren. Im weiteren Verlauf wurden die Nazis durch die Blockaden und damit einhergehende Verzögerungen zunehmend aggressiver und einzelne Gruppen versuchten wiederholt aus der Demonstration heraus Gegendemonstrant_innen anzugreifen. Dies gelang aufgrund der Gegenwehr nicht. Zusammenfassend kann der 1.Mai wie folgt bewertet werden:

1. Aufgrund der Blockaden der Gegendemonstrant_innen konnte der Naziaufmarsch nicht wie geplant stattfinden.

2. Der Versuch der Freien Kameradschaften nach der Wahlniederlage der NPD in Sachsen-Anhalt auf der Straße wieder Terrain zurückzugewinnen, ist gescheitert.

3. Nur durch den Einsatz von massiver Gewalt durch die Polizei war es den Nazis möglich überhaupt den Bahnhof zu verlassen.

Zum wiederholten Male sind die Nazis in Halle beim Versuch gescheitert, einen Aufmarsch im Innenstadtbereich durchzuführen. Ihre geplante Route liefen sie keinen Meter, auf der deutlich kürzeren Ausweichroute wurden sie massiv behindert. Ob das ihre Lust auf weitere öffentliche Auftritte in Halle auf längere Zeit verderben wird, ist abzuwarten. Jeder Auftritt der Antisemiten und Rassisten wird auf entschlossenen antifaschistischen Widerstand stoßen.

Antifaschistische Gruppen Halle, http://www.nonazisinhalle.tk ■

1000 in Heilbronn

Dem Blockadebündnis „Heilbronn stellt sich quer“ ist es leider nicht gelungen den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Wir konnten jedoch mehr als 1000 Menschen mobilisieren, sich dem Konzept der friedlichen Blockaden anzuschließen.

Trotz zahlreicher Versuche von Stadt und Polizei jeglichen Widerstand gegen die Nazis im Bahnhofsviertel zu verhindern, konnten schon früh am Morgen Blockaden errichtet werden. Aus ganz Baden-Württemberg kamen Blockierer_innen nach Heilbronn.

Stadt und Polizei war jedoch jedes Mittel recht, im Bahnhofsviertel eine so genannte No-Go-Area zu schaffen, so dass die Nazis ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten konnten. Während im Vorfeld Gegenkundgebungen verboten wurden, setzte die Polizei den ganzen Tag unverhältnismäßige Gewalt gegen Gegendemonstrant_innen ein.

Bereits in den frühen Morgenstunden sollte durch die gezielte Ingewahrsamnahme des Pressesprechers das Blockadebündnis mundtot gemacht werden.

Ina Schneider, Pressesprecherin der Grünen Jugend Heilbronn verurteilte das Vorgehen von Stadt und Polizei: „Es ist ein Skandal, dass diejenigen, die Zivilcourage beweisen und sich den Nazis aktiv in den Weg stellen, kriminalisiert wer-

den, während den Faschisten der öffentliche Raum frei gemacht wird, um gegen Migrant_innen zu hetzen."

Presseteam des Blockadebündnisses „Heilbronn stellt sich quer" ■

Erfolgreiche Blockaden in Greifswald

Greifswald, 1. Mai 2011. Das Bündnis „Greifswald Nazifrei" vermeldet erfolgreiche Blockaden gegen den NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2011. Bereits gegen 8 Uhr bildeten sich erste Blockaden in der Schönwalder Landstraße, Heinrich-Hertz-Straße und Hans-Beimler-Straße. Im Verlaufe des Tages wurde der Naziaufmarsch zunächst umgeleitet und dann immer wieder mehrfach erfolgreich aufgehalten. Über 1000 Menschen blockierten an mehreren Stellen.

Gemeinsam gelang es, die Strecke der Neonazis um mehr als die Hälfte zu verkürzen. Das Konzept der Massenblockaden ist aufgegangen. Obwohl im Vorfeld verschiedene Befürchtungen in den Medien laut wurden, beteiligte sich ein breites Spektrum von linken und bürgerlichen Demonstranten gemeinsam an den Protesten.

Schien es Anfangs auch, als würde die NPD samt Sympathisant_innen gezwungen vorzeitig abzureisen, entschlossen sich Einsatzkräfte der Polizei dazu, den Zug der Neonazis in die Schönwalder Landstraße in Richtung Anklamer Straße gewähren zu lassen. „Aufgrund unserer Entschlossenheit konnten weitere Blockaden die geänderte Routenführung durchkreuzen, sodass die Neonazis gezwungen wurden auf dem Absatz kehrt zu machen.", so Cornelia Schultze, Pressesprecherin des Bündnisses.

„Die Anzahl der Blockierenden und die sich daraus formierenden Blockaden haben es möglich gemacht, dass die Neonazis nur mit erheblichen Störungen laufen konnten. Für uns ist die deutliche Verkürzung der Route ein Erfolg! Es zeigt uns, dass viele couragierte Menschen in Greifswald bereit waren sich entschlossen gegen die Verbreitung neonazistischer Propaganda auf die Straße zu setzen.", so Cornelia Schultze weiter. Einen faden Beigeschmack hat der heutige 1. Mai dennoch:

„Leider gelang es uns nicht, zu guter Letzt noch einmal die Heinrich-Hertz-Straße zu blockieren, sodass der NPD-Aufmarsch kurz vor Schluss am erst kürzlich wiedereröffneten Flüchtlingsheim vorbeiziehen konnte. Es spricht aber für das Bündnis ‚Greifswald Nazifrei', dass wir fast doppelt so viele Menschen für Blockaden begeistern konnten, als noch im Jahr 2001, während der NPD-Aufmarsch nur 300 Neonazis zählte – 200 weniger, als angemeldet!"

PM Bündnis Greifswald Nazifrei! ■

FN am 1. Mai 2011:

Verjüngt, und im Diskurs modernisiert

Als Erfolg für ihre Partei kann die Vorsitzende des Front National, Marine Le Pen, den diesjährigen 1. Mai werten. Rund 3.000 Teilnehmer/innen nahmen am Aufmarsch ihrer Partei in Paris zu Ehren der „Nationalheiligen" Jeanne d'Arc (der „Jungfrau von Orléans") teil. Dadurch hat die rechtsextreme Partei die Beteiligung daran gegenüber den Vorjahren 2009 und 2010 ungefähr verdoppelt, auch wenn sie noch erheblich hinter den Spitzenwerten während der 1990er Jahren zurückbleibt.

Dabei hatte sich die Teilnehmerschaft erheblich verjüngt. Zwar befanden sich auch in diesem Jahr junge Männer mit auffälligen Tätowierungen oder extrem kurzen Haaren in der Menge, doch prägten sie das Erscheinungsbild im Unterschied zu den beiden Vorjahren nicht: Sie gingen teilweise in der Menge aus Familien oder „anständiger" aussehenden und gekleideten jüngeren Menschen unter. Dennoch wurden auch in diesem Jahr, neben den durch die Parteispitze vorgeschriebenen offiziellen Parolen – ‚Liberté' sowie „Europa, Verrat: Frankreich ist eine Nation" – erheblich weniger „zitierbare" Slogans skandiert. Im regionalen Block des FN Rhône-Alpes (Raum Lyon) riefen jüngere Teilnehmer, keine fünf Meter hinter dem regionalen Chef Bruno Gollnisch: „Nein zu den Allogenen", das altgriechische Wort für „Fremdstämmige" (Gegenbegriff zu „Autochtone") bemühend.

Marine Le Pen hielt eine knapp einstündige, inhaltlich bemerkenswerte Ansprache. Aus Platz- und Zeitgründen werden wir auf ihren Inhalt, in einem Aufwasch mit einer Analyse des – in ersten andeutungsweisen Auszügen bei einer Pressekonferenz am 8. April vorgestellten – Wirtschaftsprogramms des FN, in der kommenden Ausgabe der AN näher eingehen. Verraten sei bereits so viel, dass Marine Le Pen erfolgreich Begriffe für ihre rechtsextreme Partei eingemeindet, die ihr Vater so nie benutzt hätte. Vom Slogan der Revolution von 1789 – „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" – über die verbale Ablehnung von „Sklaverei" und „Knechtschaft" (wo Jean-Marie Le Pen eher eine Kritik am historischen Sklavenhandel als „olle Kamellen aus der französischen Geschichte" abgetan hätte) bis hin zum Auspfeifen-Lassen von „Kollaborateuren". Das Ganze allerdings stets in eine nationalistische Stoßrichtung gewendet: „Kollaborateure" heute sind nicht jene mit Nazis, sondern die Unterstützer der Europäischen Union und anderer supranationaler Institutionen; die Sklaverei ist jene der Franzosen in einem seiner Souveränität beraubten Land; die zu erkämpfende „Freiheit" wiederum ist jene von den etablierten Gewerkschaftsverbänden, dem „Einheitsdenken" in den Medien sowie in der Form von Kontrollen des Internet.

Optisch sowie in der Rede von Marine Le Pen stark präsent war auch die Kampagne gegen jene französischen Gewerkschaften, die keine Unterwanderungsversuche des FN in ihren Reihen zulassen möchten und sich mit Ausschlussverfahren oder Mandatsentzügen dagegen zur Wehr setzen.

Ausführliches dazu in der nächsten Ausgabe.

Bernhard Schmid, Paris ■

FN: Wegen Hitlergruß aus der Partei geflogen

Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch widersprechen öffentlich

Und so etwas muss man sich als Nazi gefallen lassen. Ausgerechnet am Vorabend des 20. April aus der Partei zu fliegen! Während andere Anhänger nationalsozialistischen Gedankenguts in Europa – in diesem Jahr eher diskret – Adolf Hitlers Geburtstag vorbereiteten, wurde Alexandre Gabriac aus seiner bisherigen Partei geworfen. Trösten konnte er sich damit, dass Prominente dieser Partei bis hin zu ihrem früheren Vizepräsidenten, Bruno Gollnisch, gegen den Ausschluss des 20-Jährigen protestierten. Ihm wurde vorgeworfen, auf Facebook Aufnahmen veröffentlicht zu haben, auf denen er den Hitlergruß zeigt. Erschwerend kam hinzu, dass diese diskreditierenden Bilder im März dieses Jahres bekannt wurden, als Gabriac als Kandidat zu den französischen Bezirksparlamentswahlen auf dem Wahlzettel stand.

Eine Schiedskommission beim französischen Front National (FN) entschied am Dienstag, den 19. April 11, Gabriac einen „Tadel" zu erteilen. Dessen Vorsitzende, Marine Le Pen, verkündete daraufhin von ihrem Urlaubsort aus seine „Streichung" aus den Mitgliederlisten. Gollnisch – der im Januar dieses Jahres gegen Marine Le Pen für den Parteivorsitz kandidiert hatte – zeigte sich umgehend „extrem erstaunt" darüber, dass die neue Chefin „von Thailand aus" den Ausschluss beschlossen und verkündet habe. Gabriac sitzt in Lyon, wo Bruno Gollnisch seine Hochburg hat, als Abgeordneter im Regionalparlament. Er selbst bestreitet, der Mann auf den Photos zu sein, und behauptet, es liege ein Fall „widerrechtlicher Aneignung seiner Identität" vor.

Unter Berufung darauf kritisierten sowohl Bruno Gollnisch als auch der Alt- und jetzige Ehrenpräsident des FN, Jean-Marie Le Pen, die Entscheidung der neuen Vorsitzenden öffentlich. Ihr Vater sprach von einer „überstürzten Entscheidung", welche sie „besser noch einmal überdenke". Unterdessen hat Marine Le Pen ihre Ausschlussverfügung jedoch bekräftigt.

Denn die neue Chefin erlaubt sich keine Scherze mit dem Image ihrer Partei. Und offene Nazinostalgie passt nicht in deren derzeitige Linie. Es steht auch Einiges auf dem Spiel: Umfragen, die am 21. April publik wurden, sagen Marine Le Pen erneut einen sicheren Einzug in die Stichwahl bei der Präsidentschaftswahl in genau einem Jahr voraus. Demnach werden ihr zwischen 21 und 23 Prozent der Stimmen und eine sichere Teilnahme an der zweiten Runde, an der ausschließlich die beiden bestplatzierten Bewerber aus dem ersten Wahlgang teilnehmen können, prognostiziert. Dies bestätigt ähnliche Ergebnisse der Meinungsforscher von Anfang März.

Unterdessen wurde am selben Donnerstag (21. April) bekannt, dass ein weiterer FN-Kandidat bei den Bezirksparlamentswahlen im März 11 – zu denen auch Gabriac antrat –, der 21/jährige Jean-Baptiste Cordier, im Internet mit Hitlergruß zu sehen sei. Und inzwischen kam noch ein Dritter im Bunde hinzu: Am 27. April wurde ein Foto publik, auf dem man den FN-Kandidaten (und nebenbei auch CFDT-Gewerkschaftsmitglied, den seine Gewerkschaft allerdings bald hinauswerfen wird) Daniel Durand-Decaudin mit erhobenem rechtem Arm am Eingangsschild der Stadt – Vichy bewundern kann. Durand-Decaudin wehrte sich gegen Vorwürfe, indem er sich darauf berief, es handele sich lediglich um „einen Scherz". Er habe, behauptete er, lediglich „meine Ehefrau, eine Thailänderin" amüsieren wollen. Humor nach Art des Hauses?

Sarkozy versucht aufzuholen

Beträchtliche Sorgen darüber, in zwölf Monaten überhaupt noch am zweiten Wahlgang teilnehmen zu können, muss sich unterdessen die regierende konservativ-wirtschaftsliberale Rechte machen. Auch und vielleicht gerade dann, wenn ihr führender Protagonist erneut für das höchste Staatsamt kandidiert: der derzeitige Präsident Nicolas Sarkozy.

Sarkozy weigert sich bislang, die Flinte ins Korn zu werfen, und liebäugelt offen mit einer neuen Kandidatur. Um eine solche überhaupt ins Auge fassen zu können, muss er sich anstrengen, besonders den sozial frustrierten Teilen der Wählerschaft irgend eine Botschaft bieten zu können. Und diese Teile sind gewaltig gewachsen: Neben einem Großteil der Arbeiterschaft und der sozialen Unterklassen sehen auch die Mittelschichten ihre Kaufkraft rapide erodieren. In einem Kontext stagnierender Löhne und Gehälter und verbreiteter Furcht vor Arbeitslosigkeit explodieren gleichzeitig die Preise – auch für öffentliche Dienstleistungen wie medizinische Grundversorgung, Strom, Erdgas oder öffentliche Verkehrsmittel. Dramatisch gesteigert hat sich aber vor allem das Problem, auch nur halbwegs bezahlbaren Wohnraum zu finden: Immobilien in Paris beispielsweise sind zur Kapitalanlage für Reiche aus der ganzen Welt geworden.

Kampf um den rechtsorientierten Teil der Arbeiterwählerschaft: Sarkozy versucht aufzuholen

Durch einen dritten Auftritt innerhalb von vier Jahren in den Ardennen, einem früher industriell geprägten Krisenbezirk am Rande des französischen Staatsgebiets, versuchte Sarkozy sich vorletzte Woche an die Arbeiterwählerschaft zu richten. In der Bezirkshauptstadt Charlesville-Méziers hielt er am Dienstag, den 19. April eine Rede vor Bürgermeistern der Region. Unterdessen boykottierte nicht nur das Stadtoberhaupt von Charlesville-Méziers, die Sozialistin Claudine Ledoux, seinen diesjährigen Auftritt.

An diesem Ort hatte Sarkozy bei einer Wahlkampfrede im Dezember 2006 den rechtsgerichteten Teil der Arbeiterwählerschaft in beträchtlichem Ausmaß gewonnen. Damals hatte er ein positives Arbeitsethos – unter dem Motto La valeur travail (ungefähr: Arbeit als Werthaltung) eingefordert, dies aber mit dem Versprechen verknüpft, dass davon am Monatsende auch etwas im Geldbeutel hängen bleiben werde. Die Zauberformel dafür lautete: „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen". Dies verquickte Sarkozy mit der Ankündigung, Frankreich werde „seine nationale Identität" verteidigen und sich in den Stürmen der Globalisierung durch die internationale Konkurrenz, besonders China, nicht unterbuttern lassen.

Zwar versprach Sarkozy keine Lohnerhöhungen. Aber durch das Ableisten möglichst vieler Überstunden – so stellte er in Aussicht – werde am Monatsende auch für die Lohnabhängigen etwas abfallen, falls sie denn tüchtig die Ärmel hochkrempelten. Das Rezept ist grandios gescheitert: Selbst wenn die Lohnabhängigen gern wollten, so hat das Kapital seit drei Jahren nur in geringem Ausmaß Überstunden abgerufen. Seitdem die Wirtschafts- und Finanzkrise auch Frankreich erfasst hat, verzeichnete es weniger Aufträge.

Bei seinem folgenden Auftritt in den Ardennen, Ende Oktober 2008, verkündete Sarkozy dann Krisenrezepte: Fortbildungsmaßnahmen, Flexibilisierung durch Erleichterung der Sonntagsarbeit. Im Rückblick hat auch dies den Lohnabhängigen keine Verbesserungen gebracht. Aufgrund mangelnder Nachfrage etwa im Handel hat ferner auch die Sonntagsarbeit nicht die von manchen erhofften und von anderen befürchtete Verbreitung gefunden. Aber auch schon damals zeichnete sich ab, dass Sarkozys Ansprache vor drei Jahren nur noch wenig Begeisterung bei ihnen schuf.

Am 19. April nun hatte Sarkozy ein neues Versprechen ausgegraben: Unternehmen, die ihren Aktionären höhere Dividenden als im Vorjahr auszahlen, müssten ihren Lohnabhängigen ihrerseits eine Prämie ausschütten. Voraussetzung dafür wäre natürlich, dass das Unternehmen die Rechtsform einer Aktiengesellschaft hat, andere Firmen wären nicht betroffen. Angekündigt worden war im Vorfeld eine obligatorische, einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro. Doch schon in den Tagen vor der Ansprache Sarkozys zer-

stritt sich das Regierungslager heftig darüber: Seine Wirtschaftsministerin Christine Lagarde hielt nicht viel davon, und von einem „Zwang“ zur Auszahlung der Summe wollte sie schon gar nichts hören. In heldenhafter Positur posaunte Präsident Sarkozy seinerseits in den Ardennen hinaus, er werde dem Druck von verschiedener Seite „nicht nachgeben“ und den Arbeitern zu ihrer Prämie verhelfen.

Heraus kam am Ende, dass die Einmalzahlung zwar – in Unternehmen mit über fünfzig Beschäftigten und mit Aktionären – im Falle einer Dividendenerhöhung verpflichtend sein soll, aber ihre Höhe in keiner Weise vorgeschrieben ist. Den Rest sollen Verhandlungen mit den Gewerkschaften klären. Über den Ausgang sind sowohl die Gewerkschaften unglücklich, die von einer „Mogelpackung“ oder einem Paket heißer Luft sprechen, als auch der Arbeitgeberverband MEDEF. Dessen Vorsitzende Laurence Parisot ist der Auffassung, diese Vorgabe sei schon zu viel „Diktat der Politik“, die sich in die Angelegenheiten der Betriebe einmische. Applaus für Sarkozys Ankündigung, deren genauere Auswirkungen bislang völlig unklar bleiben, kam von nirgendwo.

Der rechtsorientierte Teil der Arbeiterwählerschaft hat sich unterdessen längst Marine Le Pen, die den FN vordergründig rundum erneuert hat, angeschlossen. Dazu wurde am 25. April (Ostermontag) eine Umfrage des IFOP-Instituts publiziert, die belegen soll, dass in diesem Teil der Bevölkerung Marine Le Pen angeblich massive Sympathien zufliegen: 36 Prozent der Arbeiterwählerschaft (sofern sie französische Staatsbürgerschaft & Wahlrecht besitzt, und überhaupt eine Stimmentscheidung trifft) würden demnach für die rechtsextreme Politikerin als Präsidentschaftskandidatin stimmen. 17 Prozent gäben ihre Stimme dem sozialdemokratischen Politiker, wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten und derzeitigen IWF-Direktor, Dominique Strauss-Kahn. Nur 15 Prozent gäben ihre Stimme Nicolas Sarkozy.

Allerdings beruht die Umfrage auf den Aussagen von nur 150 Teilnehmer/inne/n, ist dadurch also nur ausgesprochen wenig repräsentativ. In einer Reportage in ihrer Ausgabe vom 2. Mai berichtet die Pariser Zeitung ‚Le Monde‘ aus einer Automobilfabrik in Poissy (im weiteren Pariser Umland), dass dort nur wenig von einer realen Sympathie für Marine Le Pen und den FN zu spüren sei. Allerdings erklären mehrere Gewerkschafter, dass eine wachsende Zahl von Arbeitern das Votum für Marine Le Pen als eventuelle „Proteststimme“ werte.

Rechts favorisiert Rechtsextreme

Doch das Regierungslager tut seinerseits in den letzten Wochen alles, um dieser rechtsextremen „Alternative“ noch zusätzlich Auftrieb zu verschaffen. Jene Vorstöße des Regierungslagers, die man als Signale an die rechtsextreme Wählerschaft oder als symbolische Aufwertung des FN und seiner Thesen verstehen kann, erfolgen seit anderthalb Monaten im Stakkatotempo.

Einen der Vorwände dafür liefert der Streit mit Italien um die Neueinwanderer aus Tunesien, von denen manche über den Grenzübergang zwischen Vintimille/Ventimiglia und Nizza nach Frankreich einzureisen versuchten. Unterdessen erntete Italien viele böse Worte aus Politik und Presse für seinen „Egoismus“, weil es den Zuwanderern sechsmonatige Aufenthaltstitel gebe und sie dann nicht an der Weiterreise in Richtung Frankreich hindere.

Konservative Medien und Politiker organisierten dazu eine Kampagne, in denen in melodramatischen Tönen eine massive Bedrohung beschworen wird. In der zweiten Aprilwoche sprach die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro‘ von einem raz-de-marée, einer Sturmflut oder Springflut, welche an der italienisch-französischen Grenze bevorstehe. Dort hat Frankreich die Reisefreiheit an den Binnengrenzen der Europäischen Union, die durch das Schengen-Abkommen gewährleistet wird, seit Wochen ausgesetzt.

Am vorletzten Wochenende des 16./17. April 2011 stoppte Frankreich sogar einen Sonntag lang sämtliche Züge, die von Ventimiglia aus in Richtung Südostfrankreich fahren, um die befürchtete Einreise von Tunesiern zu verhindern. Antirassistische Aktivisten protestierten heftig und organisierten einen „Zug der Würde“, der ebenfalls an der Grenze aufgehalten wurde. Grünenpolitiker Noël Mamère sprach von einem „skandalösen Verhalten“ Frankreichs, das auch durch EU-Institutionen gerügt wurde.

Kaum hatte Marine Le Pen Anfang März ihr Rezept im Umgang mit den Nordafrikanern verkündet – die Marine solle ihre Schiffe „in internationale Gewässer zurückschicken“ –, antwortete die Abgeordnete der Regierungspartei UMP Chantal Brunel ihr wie im Chor. „Auf Boote setzen und zurücksenden“, schlug sie vor. Ihre brutale Offenheit sorgte allerdings dafür, dass Premierminister François Fillon sich im Parlament von ihr distanzierte.

Regierungschef Fillon verkörperte in den letzten Wochen eher den moderaten Flügel des Regierungslagers, im Gegensatz zu Nicolas Sarkozy und seinem neuen Innenminister und Ex-Präsidentenberater, Claude Guéant. Letzterer verkündete am 17. März, die Franzosen seien über eine angebliche „unkontrollierte Einwanderung“, zu Recht, „beunruhigt“. Vier Tage sprach er von einem excès d’immigration, einem „Zu viel an Zuwanderung“, aufgrund dessen viele Franzosen sich in ihrem Land „nicht mehr zu Hause“ fühlten. Vor laufenden Fernsehkameras kündigte Marine Le Pen an, ihm „den Ehren-Mitgliedsausweis des FN“ zu überreichen, und hielt einen bunten Plastikausweis dazu in die Kameras.

Seit Anfang April 2011 steigerten sich die Vorstöße erneut. Claude Guéant kündigte zwischenzeitlich an, „nicht nur die illegale, sondern auch die legale Einwanderung“ zu reduzieren. Mitte des Monats präzisierte er, vorläufig wolle er „als erstes Ziel“ die Anzahl der jährlich erteilten Aufenthaltstitel „von 200.000 auf 180.000“ um ein Fünftel reduzieren. Diese globale Zahl umfasst sämtliche Kategorien: Ehepartner von französischen Staatsbürgern, Angehörige von Zuwanderern mit legalem Status und Recht auf Familienzusammenführung, neu angeworbene Arbeitskräfte in „Mangelberufen“ oder mit seltenen Qualifikationen sowie politische Flüchtlinge. (Ihm widersprach inzwischen sogar Ex-Innenminister Jean-Louis Debré, aktuell Verfassungsrichter und in seinen Amtsjahren 1995/97 selbst ein konservativer Hardliner. Er antwortete am Sonntag, den 1. Mai auf seinen jetzigen Amtsnachfolger Claude Guéant: „Wir benötigen legale Einwanderung.“)

In Brüssel, so berichtet das dortige Büro von ‚Le Monde‘ bei den EU-Institutionen, spreche man bereits von einem „Marine Le Pen-Effekt“. Wenn das offizielle Frankreich sich nunmehr ebenso gegen die „europäische Solidarität“ bei der Verteilung von über Italien einreisenden Zuwanderern wie gegen neue Gelder für die Bewältigung der EU-Ost- und Südosterweiterung wende, dann widerspiegele sich darin der wachsende Einfluss des FN.

Dessen Chefin Marine Le Pen, die durch die Regierungskampagnen mit neuer „Glaubwürdigkeit“ ausgestattet wurde, schrieb in der vorletzten Aprilwoche einen offenen Brief an alle Präfekten Frankreichs. Diese hohen Beamten repräsentieren den Zentralstaaten in allen 101 Verwaltungsbezirken in Polizei- und Rechtsangelegenheiten. Le Pen versicherte ihnen, auch bei einer Machtübernahme oder -beteiligung ihrer Partei hätten diese nichts zu befürchten. Als „Garanten des öffentlichen Interesses“ bräuchten sie sich nicht im Gegensatz zu ihrem „Projekt der Wiederaufrichtung unserer Nation“ zu fühlen.

Innenminister Claude Guéant empörte sich: In seiner langen Karriere als hoher Beamter habe er „noch nie eine politische Partei sich direkt an die Präfekten wenden sehen“. Diese unterlägen ohnehin „einer politischen Neutralitätspflicht“.

Dies könnte der FN allerdings auch als Signal dahingehend verstanden wissen, dass der Staatsapparat auch mit seinen Vertretern gefälligst zusammenarbeiten müsse.

Bernhard Schmid, Paris ■

Umdenken in EU-Flüchtlingspolitik erforderlich

Bonn. Europa muss seine Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und Migranten beenden und endlich seine humanitäre Verantwortung wahrnehmen. Dies hat jetzt der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) anlässlich des blamablen Ergebnisses des EU-Innenministertreffens in Luxemburg gefordert. Deutschland hat sich bereit erklärt, gerade mal 100 Bootsflüchtlinge aus Malta aufzunehmen.

„Die Bundesregierung hat in der Flüchtlingsfrage ein beschämendes Bild abgegeben. Die zugesagte Aufnahme von 100 Flüchtlingen ist Augenwischerei und kein politisches Signal – es müssten deutlich mehr Flüchtlingen aus Nordafrika Asyl gewährt werden“, so der stellvertretende VENRO-Vorsitzende Jürgen Lieser.

Wenig hilfreich sei der Verweis, dass es sich überwiegend um Wirtschaftsflüchtlinge und arbeitsuchende Migranten handele und nicht um Asylsuchende.

„Auch für die normale Migration braucht Europa eine menschenwürdige Politik. Das Unwort vom „menschlichen Tsumani“ ist angesichts der vergleichsweise geringen Zahl von Flüchtlingen, die den Weg nach Europa suchen, völlig überzogen“, betont Lieser.

Das Vorgehen der EU zeige, dass ein generelles Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik erforderlich ist.

„Die EU hat viel zu lange die Diktaturen in Nordafrika gestützt und hofiert. Jetzt kann sie sich in der Flüchtlingsfrage von einer anderen Seite zeigen“, so Lieser. Eine weitere Abschottung der Festung Europa, etwa durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex, sei ein politisches Armutszeugnis.

Das Luxemburger EU-Innenministertreffen am vergangenen Montag hat bei allen Mitgliedstaaten für Ernüchterung gesorgt. Die EU-Staaten weigern sich, Italien Hilfe bei der Versorgung Tausender Flüchtlinge aus Nordafrika zu leisten. Es konnte keine Einigung zwischen den EU-Innenministern erzielt werden, insbesondere was die von Italien geforderte solidarische Verteilung der Flüchtlinge betrifft.

Die EU-Staaten wollen stattdessen mit Tunesien Verhandlungen über eine Rückführung von Flüchtlingen führen. Zudem soll der Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex direkt vor der tunesischen Küste verstärkt werden. Damit soll eine Überfahrt von Flüchtlingen nach Europa verhindert werden.

Quelle: Pressemitteilung VENRO e.V. , 12. April 2011 ■

Mehr Flüchtlingsschutz

München/Berlin. Deutsche und afrikanische Bischöfe haben angesichts der steigenden Migration von Afrika nach Europa die Zulassung und angemessene Prüfung von Asylbegehren gefordert.

„Flüchtlinge gehören zu den schwächsten und verletzlichsten Mitgliedern der Menschheitsfamilie. Zu ihrem Schutz sind alle Staaten rechtlich und moralisch verpflichtet. Es erfüllt uns daher mit Sorge, dass die Praxis des Schutzes der europäischen Außengrenzen erhebliche menschenrechtliche Probleme aufwirft“, schreiben die Bischöfe in einem Communique, das sie am Wochenende beim VII. Deutsch-Afrikanischen Bischofstreffen verabschiedet haben. „Wir fordern: Asylbegehren müssen zugelassen und angemessen geprüft werden. Und auch die Abschiebung derjenigen, die aufgrund der Gesetze keinen Anspruch auf Aufenthalt in Europa haben, muss humanitären Standards entsprechen.“

Das Communique ist das Ergebnis eines sechstägigen Treffens von 22 deutschen und afrikanischen Bischöfen vergangene Woche in München und Berlin. Aktuelles Thema der Begegnung war „Die afrikanische Migration nach Europa“. Unterzeichner des Papiers sind der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick, sowie Polycarp Kardinal Pengo (Tansania), Präsident von SECAM, dem Symposium der Bischofskonferenzen Afrikas.

In dem Dokument heißt es weiter: „Auch Menschen, die auf der Suche nach einer besseren Zukunft für sich und ihre Familien den Weg nach Europa wagen, dürfen nicht pauschal verdächtigt und diffamiert werden. Gerade Europäer sollten sich daran erinnern, wie viele ihrer Vorfahren in vergangenen Jahrhunderten und nach dem Zweiten Weltkrieg in alle Welt ausgewandert sind. Richtig ist aber auch, dass Arbeitsmigration einer klugen und gerechten Steuerung bedarf, damit negative Folgen für Herkunfts- und Aufnahmeländer vermieden werden. Die europäischen Staaten sollten deshalb verstärkt über Modelle einer temporären oder zirkulären Migration nachdenken, die sowohl den Interessen der beteiligten Staaten als auch den betroffenen Menschen dienen können.“

Um unfreiwillige, durch Not oder Perspektivlosigkeit erzwungene Migration zu vermeiden, fordern die Bischöfe eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Afrika und Europa: „Dazu bedarf es einer solidarischen Form der Globalisierung, die sich nicht zuerst an den Gewinninteressen von Einzelnen oder Konzernen, sondern an den Entwicklungschancen der Menschen und der Völker orientiert. Europa und Afrika bedürfen einer gleichberechtigten Partnerschaft – ein Anspruch, der in der bisherigen politischen Kooperation nicht eingelöst ist.“

Weiter erinnern die Bischöfe daran, dass Migration ein Phänomen der gesamten Menschheitsgeschichte darstelle. „Migration ist ein treibendes Moment der sozialen, kulturellen und auch der religiösen Entwicklung. Allzu oft werden die wichtigen und förderlichen Beiträge übersehen, die Zuwanderer für die Aufnahmegesellschaften, aber auch für die Länder ihrer Herkunft (z. B. durch Rücküberweisungen) erbringen.“

Probleme im Zusammenleben mit Fremden müssten offen angesprochen werden, „ohne Ressentiments populistisch auszubeuten. Hier sind große Klugheit und Sensibilität geboten.“ Die deutschen und afrikanischen Bischöfe hätten „den festen Willen, dem Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit überall auf der Welt entschlossen entgegen zu treten.“

Die Tradition Deutsch-Afrikanischer Bischofstreffen reicht in die 80er Jahre zurück. Das Ziel dieser Treffen besteht in der Vertiefung der Beziehungen zwischen den Episkopaten der deutschen und der afrikanischen Ortskirchen. Beim VI. Bischofstreffen in Akosombo (Ghana) wurde im Jahre 2004 das Verhältnis von Christen und Muslimen in Afrika und Europa behandelt („Christen und Muslime – Partner im Dialog für Entwicklung und Förderung geistlicher Werte“).

Quelle: Pressemitteilung Nr. 051 Deutsche Bischofskonferenz 4.4.2011 ■

Landesregierung nimmt Ausländerbehörde in Schutz

Niedersachsen. Hat die Ausländerbehörde in Gifhorn den nepalesischen Flüchtling Shambu Lama in den Tod getrieben? Diese Anfrage der LINKEN beantwortet die Landesregierung mit einem eindeutigen Nein. Sie nimmt dabei das Verhalten der Ausländerbehörde des Landkreises in Bausch und Bogen öffentlich in Schutz und schreckt nicht davor zurück, den Sachverhalt zu verdrehen und einzelne Fakten falsch wiederzugeben.

Auch wenn es gewiss zu weit ginge, dem Landkreis Gifhorn eine unmittelbare kausale Schuld für den Tod des Flüchtlings zuzuweisen, so sind doch die Umgangsformen der Ausländerbehörde Gifhorn mit Flüchtlingen mehr als skandalös. Man hätte sich gewünscht, dass das Land eine wirkliche Aufarbeitung des Falls vorgenommen und nicht nur sein Bedauern über den „tragischen Tod“ zum Ausdruck gebracht hätte, um dann im nächsten Schritt eine fragwürdige Rechtfertigung des Behördenhandelns in Gifhorn vorzunehmen. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen übt Kritik an der MI-Stel-

lungnahme (nachzulesen auf der Internetseite des Flüchtlingsrats www.nds-fluerat.org).

Fazit: Wieder einmal wird von Seiten des Innenministeriums eine Ausländerbehörde „weißgewaschen“, deren offensichtliche Verfehlungen im Umgang mit einem Flüchtling, welcher aufgrund seiner gelebten Vaterschaft zu einem deutschen Kind nicht abgeschoben werden durfte und sich, durch die Abschiebungsdrohung in die Enge getrieben, schließlich das Leben nahm, offensichtlich sind. Die Dienstaufsichtsbeschwerde der Anwältin Daniela Öndül spricht für sich. Unsere Hoffnung, das niedersächsische Innenministerium könnte zumindest in diesem Fall seine Rolle als Fachaufsicht ernst nehmen, hat sich auf’s Neue nicht erfüllt.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 15.4.2011 ■

Bayern: Koalitionsstreit um Syrienabschiebungen

München. Am 14. April wurde im Rechts- und Verfassungsausschuss im Bayerischen Landtag der Dringlichkeitsantrag der Grünen, der einen sofortigen Abschiebestopp nach Syrien fordert, abgelehnt. Während FDP, SPD, Grüne und Freie Wähler einen Abschiebestopp befürworteten, blieb die CSU hartnäckig und will weiterhin in den Folterstaat abschieben. Der FDP-Vertreter im Ausschuss, Dr. Andreas Fischer, stimmte dem Antrag mit der Begründung zu, dass er sowohl persönlich aber auch als juristische Person derzeit keine Abschiebungen nach Syrien verantworten könne.

Vor der Diskussion der Fraktionen im Ausschuss erklärte der Sachgebietsleiter für Ausländerrecht des Bayerischen Innenministeriums, Dr. Sommer, dass den 209 betroffenen syrischen Flüchtlingen weiterhin kein Abschiebeschutz gewährt würde, da ein Abschiebestopp prinzipiell ein „Pull-Faktor“ für weitere Asylanträge sein könne.

Lediglich die CSU-Fraktion teilt die Einschätzungen des Innenministeriums. FDP, Freie Wähler und SPD stimmten dem Dringlichkeitsantrag und somit einem Abschiebestopp zu. Horst Arnold von der SPD-Fraktion kritisierte die Ablehnung des Antrags durch die CSU scharf. Er appellierte an die Verantwortung der CSU für die möglichen Folgen, die weitere Abschiebungen für die Betroffenen nach sich ziehen können. In mehreren Fällen sei bereits dokumentiert, dass abgeschobene Personen nach ihrer Ankunft inhaftiert und gefoltert wurden. „In ihrer Haut möchte ich dann nicht stecken“, warnte er die CSU-Mitglieder vor.

Auch Florian Streibl von den Freien Wählern plädierte für ein Aussetzen der Abschiebungen, da Syrien sich derzeit in einem „beispiellosen Umbruchprozess“ befinde und es die Menschlichkeit gebiete, Menschen nicht in eine „ungewisse und unsichere Zukunft“ zu schicken. Susanna Tausendfreund von den Grünen hält es derzeit für „nicht tragbar“ Menschen nach Syrien abzuschieben und wolle daher auch kein Risiko eingehen. Im Ausschuss entstand somit eine Pattsituation, da die CSU die Hälfte der Mitglieder stellt. In einem solchen Fall wird ein Antrag als abgelehnt gewertet, obwohl mit den Stimmen der FDP, Freien Wähler, SPD und Grünen eigentlich die Volksmehrheit repräsentiert wäre. Gegen diesen Zustand hatten die Grünen bereits geklagt.

„Dass die CSU trotz der derzeitigen Reisewarnungen nach Syrien durch das Auswärtige Amt und dem brutalen Vorgehen des Assad-Regimes gegen DemonstrantInnen an den Abschiebungen nach Syrien festhalten will, ist unfassbar“, sagt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Das bedeutet für die 209 syrischen Flüchtlinge in Bayern, die von der Abschiebung bedroht sind, weiterhin ein Leben in Ungewissheit und Angst.“

Quelle: Pressemitteilung des bayerischen Flüchtlingsrats vom 14. April 2011 ■

Neue Verträge zur Finanzierung der Asylbewerberunterkünfte nötig

Bayern. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion fordert das Sozialministerium in einem Antrag auf, mit den Trägern der Sozialberatungen in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber die staatliche Förderung für das Beratungs- und Betreuungsangebot neu zu verhandeln. „Bereits bei der Anhörung zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes im April 2009 wurde deutlich, dass die Förderquote der Sozialberatungen in den Gemeinschaftsunterkünften für die beauftragten Träger dieser Leistung seit Jahren stagniert. Die Förderquote liegt zwischenzeitlich weit unter 40 Prozent der Gesamtkosten. Die tatsächlichen Kosten für diese Leistung, die vom Freistaat Bayern auf die freien Träger übertragen wird, sind in den letzten Jahren durch unumgängliche tarifliche Anpassungen der Gehälter der Betreuungskräfte erheblich gestiegen. Der finanzielle Eigenanteil der Sozialverbände steigt kontinuierlich,“ begründeten die SPD-Sozialpolitikerinnen Angelika Weikert und Christa Steiger den Vorstoß der SPD-Fraktion.

Ohne ein ausreichendes Angebot an Beratung und Betreuung der Asylbewerber vor Ort könne keine Gemeinschaftsunterkunft in Bayern verantwortungsbewusst geführt werden. Die Arbeit der Sozialverbände vor Ort sei eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es werden Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, chronisch und psychisch kranke Menschen und besonders hilfsbedürftige Menschen betreut und beraten.

„Diese Arbeit trägt wesentlich dazu bei, dass die Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte von der unmittelbaren Umgebung zumindest geduldet werden. Dies ist ein unverzichtbarer Beitrag zum sozialen Frieden und hilft Folgekosten zu vermeiden. Die Forderung der Sozialverbände nach einer Anhebung der Förderquote ist mehr als berechtigt. Die Übertragung dieser Aufgabe an freie Träger muss in einem fairen Verhandlungsprozess neu geregelt werden. Der Freistaat Bayern läuft ansonsten Gefahr, keine Anbieter mehr für diese wichtige Aufgabenstellung zu finden,“ so die beiden SPD-Abgeordneten.

www.spd-landtag.de, 20. April 2011 ■

„Blick zurück nach vorn“ – Wanderausstellung

Giessen. „Blick zurück nach vorn“ ist der Titel einer Ausstellung in der Universitätsbibliothek der Justus-Liebig-Universität (JLU), die seit dem 18. April zu sehen ist. Die Schau zeigt Fotos der Kinder von Familien, die aus Deutschland nach Serbien und in den Kosovo zurückkehren mussten. Unabhängig davon, ob die Familien abgeschoben wurden oder die Eltern freiwillig zurückgekehrt sind, war es für die Kinder meist keine Rückkehr in die Heimat, sondern ein unfreiwilliger Neuanfang in einem für sie fremden Land. Gemeinsam ist ihnen die deutsche Sprache und, dass sie auch noch Jahre nach ihrer Ausreise Deutschland als ihre Heimat betrachten, egal ob sie Serben, Roma, Ashkali oder Albaner sind, heißt es in einer Pressemitteilung der Hochschule.

Kinder und Jugendliche aus Rückkehrerfamilien sind im Sommer 2008 mit Einwegkameras in ihrer Alltagswelt in Südserbien und im Kosovo auf Erkundungstour gegangen. Die ausgewählten Bilder machen die Erfahrungen der Jugendlichen nachvollziehbar. Sie wollen mit ihren Bildern zeigen, wo sie jetzt leben und wie sie sich fühlen. In der Ausstellung sind außerdem Interviews zu hören, die Projektleiter Dr. Dirk Auer mit den Jugendlichen über ihr Leben in Serbien und dem Kosovo führte.

Die Ausstellung wurde vom Goethe-Institut Belgrad und dem Stabilitätspakt Südosteuropa finanziert und ist auf Initiative der Abteilung Osteuropäische Geschichte am Historischen Institut der JLU bis zum 14. Juni 2011 im Ausstellungsraum der Gießener Universitätsbibliothek zu sehen. Sie ist täglich von 8.30 bis 23 Uhr geöffnet.

Während der offiziellen Ausstellungseröffnung am Dienstag, 26. April, um 16

Kundgebung vor dem Wohnungsamt am 13.4.2011:

„Wir wollen Wohnungen!“

MÜNCHEN. Das Bündnis gegen Obdachlosigkeit und Mietwucher, an dem auch die Karawane München beteiligt ist, hatte für Mittwoch, den 13. April 2011 zu einer Kundgebung vor dem Amt für Wohnen und Migration der Stadt München (Sozialreferat) aufgerufen.

Die unerträgliche Situation der Tagelöhner_innen aus Bulgarien, denen trotz Freizügigkeit als EU-Bürger_ innen in Deutschland Sozialleistungen und eine Arbeitserlaubnis verwehrt wird, hatte zu der Gründung des Bündnisses geführt. Die Stadt verwehrt ihnen eine Unterbringung, obwohl die Trägerinnen der Wohnheime durchaus dazu bereit wären. So kommt es, dass hunderte Menschen Tag für Tag in der Hauptbahnhofsgegend auf der Suche nach kleinen Jobs trotz Kälte ausharren, um völlig überteuerte Mieten für ein Bett in einem Mehrpersonenzimmer zahlen zu können. Der von der Regierung gewünschte Effekt ist klar ersichtlich: Deutschland, das als eines der letzten EU-Staaten noch an dem Ausschluss aus dem Sozialsystem festhält, will keinen Zuzug von Bürger_innen der neuesten Mitglieder der EU.

Diese Regelung wird zwar in ein paar Jahren auslaufen, bis dahin werden – so das Kalkül der Regierung – sich jedoch bereits Communities in anderen Ländern gebildet haben, so dass fast niemand mehr nach Deutschland kommt. Die Leidtragenden dieser Politik, die in vielem der Abschottung gegenüber Flüchtlingen gleicht, sind wie immer die Migrant_innen.

Nach einem Infostand in der Goethestraße entrollten ein paar Dutzend Betroffene ein Transparent und hielten Schilder vor dem Wohnungsamt in der Franziskanerstraße. Damit war die Kundgebung schon überpünktlich am frühen Nachmittag eröffnet. Ab 15 Uhr kamen weitere Menschen hinzu, alles in allem etwa 100 Teilnehmer_ innen. Es gab fünf Redebeiträge, die alle auf Türkisch übersetzt wurden (da die Betroffenen einer türkischsprachigen Minderheit in Bulgarien angehören). Immer wieder gab es Sprechchöre mit der zentralen Forderung „Wir wollen Wohnungen“. Danach machte sich eine vierköpfige Delegation auf den Weg in das Wohnungsamt, um dem Amtsleiter Stummvoll eine Petition zu übergeben. Dieser hatte abgelehnt, auf die Straße zu kommen, sich hinter einem unverhältnismäßig großen Polizeiaufgebot verschanzt und wollte auch kein offizielles Statement an die Presse geben.

Ein Mitglied der Delegation berichtete jedoch, dass er keinen Anlass zum Handeln sieht und alle Verantwortlichkeit auf das Rathaus schiebt. Das Bündnis kündigte darauf an, weiter zu machen und nicht zu ruhen, bis die unhaltbare Situation der migrantischen Tagelöhner_innen der Vergangenheit angehört. Die Weltstadt München hat ein weiteres Mal gezeigt, dass ihr Herz nur den Reichen gehört. *http://caravan.net/* ■

Uhr führt Claudia Lichnofsky vom Historischen Institut (Osteuropäische Geschichte) der JLU mit einem Vortrag über Rückführungen in den Kosovo ein, außerdem gibt es eine Kurz-Lesung von Studierenden.

romale@zahav.net.il 12.4.2011, PM Justus-Liebig-Universität Gießen vom 8.4.2011 ■

Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal erneut für verfassungswidrig erklärt

Das 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia hat das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal einstimmig für verfassungswidrig erklärt. Mit der Entscheidung vom 26.4. bestätigte das Gericht seinen Befund von 2008, nach dem die Geschworenen in der Strafphase des ursprünglichen Prozesses 1982 falsch über die Verfahrensweise zur Feststellung mildernder Umstände belehrt wurden, die zu einer lebenslänglichen Haftstrafe [statt einem Todesurteil] hätten führen können.

Das Gericht befand, dass die Jury fälschlich zu der Überzeugung gebracht wurde, dass sie nur einstimmig Umstände betrachten könne, die für eine lebenslange Freiheitsstrafe sprachen. Laut Gericht verstieß dies gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1988 im Fall Mills versus Maryland und verletzte Mumia Abu-Jamals Recht auf ein faires Verfahren in grundlegender Weise.

Der NAACP Legal Defense & Educational Fund Inc. (LDF) und die Jura-Professorin Judith Ritter von der Rechtsfakultät der Widener University vertreten Mumia Abu-Jamal in seiner Berufung gegen sein Gerichtsurteil von 1982, mit dem er des Mordes an einem Polizeibeamten in Philadelphia, Pennsylvania, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt wurde.

„Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt vorwärts in dem Kampf um die Korrektur der Fehler, die in einem unseligen Kapitel der Rechtsgeschichte Pennsylvanias begangen wurden“, erklärte John Payton, der juristische Direktor des LDF. „Die erneute Anerkennung der Existenz eines klaren Verfassungsbruchs im Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal durch das 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia stärkt das Vertrauen in das System der Strafjustiz und trägt dazu bei, die Art von Unfairness, auf der dieses Urteil beruhte, zu einer Sache der Vergangenheit zu machen.“

Professorin Ritter merkte an, Pennsylvania habe „die verwirrenden und irreführenden Anweisungen und Formulare, auf die sich die Jury in Abu-Jamals Verfahren stützen musste, schon vor langer Zeit abgeschafft, um unfairen und ungerechten Todesurteilen einen Riegel vorzuschieben. Die Gerichte verwenden heute eine klare und unmissverständliche Sprache, um die Geschworenen über ihre Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umständen aufzuklären, die für eine lebenslange Haftstrafe sprechen. Abu-Jamal hat Anspruch auf genau denselben verfassungsmäßigen Schutz.“

Mumia Abu-Jamal befindet sich seit 29 Jahren im Todestrakt des Staates Pennsylvania.

NAACP Legal Defense & Educational Fund, Inc., 26. April 2011 ■

Demo am Frankfurter Flughafen am 20.6.2011

Frankfurt. Am 20. Juni wird eine Demonstration gegen Abschiebungen am Frankfurter Flughafen stattfinden. Das Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebungen nimmt in Absprache mit „Jugendliche ohne Grenzen“ den internationalen Tag des Flüchtlings am 20. Juni, den Vorabend der Innenministerkonferenz (21.-22. Juni) in Frankfurt zum Anlass, um am größten Abschiebeflughafen der BRD zu demonstrieren. Eine ausführliche Mobilisierung mit Aufruf wird in den nächsten Wochen folgen.

Aktionsbündnis-Rhein-Main-gegen-Abschiebungen, www.aktions-buendnis@linksnavigator.de ■

Ostermärsche gegen Krieg und Atom

Mehrere zehntausend Menschen haben sich bei den Ostermärschen der Friedensbewegung gegen Krieg und Atom und für mehr ziviles und politisches Engagement bei Konflikten eingesetzt – ein Weckruf für die Politik.

Forderungen waren die Abschaffung der Atomwaffen und Verschrottung aller Atomanlagen sowie der Stopp der militärischen Intervention in Libyen, der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und das Verbot der Rüstungsexporte.

Die größten Ostermärsche fanden im westfälischen Gronau mit etwa 10.000 und in Berlin mit etwa 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Friedensorganisationen forderten wie die Umweltgruppen eine zügige Energiewende weg von Atom, Gas und Öl hin zu den Erneuerbaren und mehr Energieeffizienz.

Parallel zu den Ostermärschen fanden am Ostermontag Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung an 12 Atomstandorten mit mehr als 120.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

„Die jetzige Eskalation durch die NATO-Bombardements auf die libysche Haupstadt Tripolis zeige erneut die Unglaubwürdigkeit und das Scheitern der vorgeblich ‚humanitären' militärischen Intervention," so Manfred Stenner vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn. „Statt Bürgerkriegspartei zu sein und einen Regimewechsel mittlerweile offenbar auch durch eine gezielte Tötung des Despoten Gaddafi zu versuchen, müssten die westlichen Staaten zu Verhandlungen drängen, Kriegsflüchtlinge aufnehmen und massive humanitäre Hilfe für die Bevölkerung leisten.

Die brutale Unterdrückung der Freiheitsbewegungen in vielen weiteren zum Teil mit dem Westen verbündeten autokratischen Ländern müsse jetzt endlich zum Verbot der Rüstungsexporte führen, fordert die Friedenskooperative.

Auch beim mittlerweile fast zehnjährigen Krieg in Afghanistan gebe es keine Alternative zu Verhandlungen unter Einschluss der Taliban sowie uneigennützige Hilfe für Wiederaufbau und Stärkung der Zivilgesellschaft. „Konzepte für friedenspolitisches Handeln in Afghanistan und anderen Konfliktgebieten wie dem Nahen Osten sind längst auf dem Tisch. Die NATO-Staaten wollen aber lieber erstmal den Krieg weiter eskalieren, um dann eventuell 2014 zu verhandeln. Das führt zu vielen weiteren Opfern", kritisiert das Netzwerk auch die Bundesregierung. Die bastele lieber an Konzepten für die „Bundeswehr im Einsatz".

Viele der Ostermarschkundgebungen haben sich deshalb auch gegen die agressiven Werbekampagnen der Bundeswehr an den Schulen und im öffentlichen Raum gewandt. „Karriereteffs der Bundeswehr haben auf Marktplätzen nichts zu suchen" heißt es und „Schulfrei für die Bundeswehr!".

Friedensorganisationen fordern wie die Umweltgruppen eine zügige Energiewende weg von Atom, Gas und Öl hin zu den Erneuerbaren und mehr Energieeffizienz. Auch der Export von Atomtechnologie sollte untersagt werden, um die Fähigkeit zur Entwicklung von Atomwaffen nicht weiter zu verbreiten. Die Abnabelung der Industriestaaten von ÖL und Gas werde künftigen Kriegen vorbeugen können. „Um die Solaranlage auf dem Dach wird wohl eher kein Krieg geführt werden", glaubt Manfred Stenner.

Der erfolgreiche Aktionstag der Anti-AKW- und Umweltbewegung zum 25sten Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl mit bundesweit etwa 120.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begeistert auch deshalb ebenfalls die Gruppen der Friedensbewegung, die die Aktionen an den deutschen Atomstandorten unterstützt und sogar teilweise auf eigene Abschlussveranstaltungen am Ostermontag verzichtet hatten.

Bis auf die Kundgebung gegen militärische wie zivile Nutzung der Atomenergie bei der Uranaufbereitungsanlage Gronau zählten diese Demonstrationen übrigens offiziell nicht zu den Ostermärschen der Friedensbewegung.

Das Netzwerk Friedenskooperative gehört allerdings auch zum bundesweiten Veranstalterkreis der Anti-AKW-Demos und bereitet mit diesen bereits jetzt nächste bundesweite Demonstrationen in etwa 20 Städten am 28. Mai 2011vor.

PM Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative ■

Zu den Anti-AKW-Demos siehe: http://www.tschernobyl25.de
Zu den Ostermärschen siehe: http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2011.htm – dort auch Aufrufe und Redemanuskripte

Ostermarsch Hamburg 2011

Am Samstag den 23. April 2011 startete der Ostermarsch in diesem Jahr – nicht wie traditionell von der Friedenskirche in St. Pauli – sondern vom Hamburger „Kriegsklotz" beim Dammtordamm. Von dort aus ging es aus aktuellem Anlass zur Mahnung an Fukushima und 25 Jahren Tschernobyl für eine Zwischenkundgebung zur Zentrale von Vattenfall in der Mönckebergstraße. Da die Technik ausgefallen war, ging es nach einigen „abschalten"-Rufen bald weiter zum Carl von Ossietzky Platz in der langen Reihe, wo das Friedensfest mit live-Musik und zahlreichen Ständen bis ca 16.00 Uhr im friedlichen Sonnenschein stattfand. Der Hamburger Ostermarsch stand dieses Jahr unter dem Motto „raus aus Afghanistan". Außerdem liefen in diesem Jahr Teile der Anti-Atombewegung mit. Laut Polizeiangaben beteiligten sich trotz erwarteten 2000 allerdings nur ca 750 Menschen. Trotzdem ein schöner Tag.

Linda M. ■

Ostermarsch Rheinland 2011

Nachdem in den letzten Jahren die Düsseldorfer Auftaktveranstaltung des Ostermarsches Rhein/Ruhr, die seit einiger

Zeit am Karsamstag in Düsseldorf stattfindet, eher eine Art Familienfest der Friedensbewegung zu sein schien, haben das Atomunglück in Fukushima und der NATO-Krieg in Libyen vielen Menschen gezeigt, dass es genügend Gründe gibt, Ostern auf die Straße zu gehen. Deshalb trafen sich am frühen Nachmittag des 23. April vor dem Düsseldorfer DGB-Haus knapp tausend Menschen, und damit deutlich sichtbar mehr als in den Vorjahren, um für Frieden und den Ausstieg aus der Atomenergie zu demonstrieren.

Dass der Kampf gegen Atomwaffen und der gegen die friedliche Nutzung der Nuklearenergie etwas miteinander zu tun haben, darauf machte in seiner Rede auf der Abschlusskundgebung vor dem Rathaus das langjährige IG Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthenner aufmerksam. Er wies darauf hin, dass es sich um zwei Seiten einer Medaille handele und forderte den Ausstieg aus der Atomenergie und die Vernichtung aller Atomwaffen. Als Profiteure der Atomkraft nannte er die Energiekonzerne und ließ auch die Profiteure an Hochrüstung und Krieg, die Rüstungskonzerne nicht unerwähnt – gerade in Düsseldorf, dem Sitz des Waffenproduzenten Rheinmetall eine aktuelle Aussage.

In diesem Zusammenhang ist Schhmitthenners Forderung nach Konversionsprogrammen, Pläne für die Umstellung von Rüstungsproduktion auf die Herstellung sinnvoller ziviler Güter, hervorzuheben, hat sich doch die IG Metall seit Jahren von dieser Forderung verabschiedet.

Als zweiter Redner berichtete Robin Cramer von der Landesschüler(innen) vertretung (LSV) von der Auseinandersetzung um das immer häufigere Auftreten von Bundeswehr-Werbeoffizieren in den Schulen. Diese Auftritte werden ermöglicht, durch einen Vertrag zwischen der Landesregierung und der Bundeswehr, der noch zu Zeiten der CDU/FDP-Koalitionsregierung abgeschlossen wurde und dessen Kündigung u.a. von der LSV und der GEW, aber auch von der Friedensbewegung gefordert wird. Wer aber glauben solle, mit der neuen Regierung aus SPD und Grünen sei diese Vereinbarung endlich gefallen, der irrt. Die beiden Regierungsparteien konnten sich lediglich dazu durchringen, der Friedensbewegung 30.000 Euro zu versprechen, damit sie auch in den Schulen auftreten könne. Mit diesem Schritt soll für „Chancengleichheit" zwischen denen, die Kanonenfutter rekrutieren wollen und denen, die den Krieg abschaffen wollen, gesorgt werden. Die „rot"/grüne Regierung entblödete sich nicht einmal, der LSV ein weiteres Engagement für eine „Schule ohne Bundeswehr" zu verbieten. Schon diese Kleinigkeit beweist, dass wir den Kampf um Frieden und den Ausstieg aus der Atomenergie in die eigenen Hände nehmen und verstärken müssen – der Ostermarsch 2.011 könnte dafür ein Anfang sein. *tri* ■

alle Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Am Ostersonntag war der US-Irakkriegs-Deserteur André Shepherd auf Einladung der Friedensfahrt der Motorradfahrer/innen ohne Grenzen zu Gast in Köln und besuchte auch das Mahnmal für Deserteure am Appellhofplatz. André Shepherd, dessen Asylantrag abgelehnt wurde, klagt zurzeit gegen diese Entscheidung.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Nationalistische Töne zur EU-Freizügigkeit

Junge Freiheit Nr. 17/11
vom 22. April 2011

Mit dem 1. Mai gilt endlich auch in der BRD und in Österreich die Freizügigkeit für Menschen aus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Das Blatt nimmt das zum Anlass, mal wieder rassistische und nationalistische Vorurteile zu verbreiten. Zwar zählt das Blatt die Menschen aus Osteuropa nicht zu den „fremdkulturellen" Personen, die es in der Türkei, Asien und Afrika verortet. Es sieht neben dem Nachteil der verschärften Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auch Vorteile in der möglichen Einwanderung:

„Wohlfahrtsgewinne für Häuslebauer, Pflegebedürftige, Bauern und städtische Verbraucher" seien zu erwarten. Mehr unter der Hand verbreitet es dann solche Lügen wie: „Nach Südeuropa strömten in erster Linie Balkanbewohner …, Zigeuner wanderten natürlich auch in großen Zahlen ein, allerdings nicht zum Arbeiten."

Warum sollen die Roma sonst gewandert sein? Selbstverständlich, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Und über die Menschen aus den osteuropäischen Staaten weiß das Blatt zu berichten: „Bei jenen, die sich bei uns mit einem geregelten Einkommen fest niedergelassen hatten, blieben kriminelle Neigungen fast ebenso gering wie bei der autochthonen Bevölkerung."

Aber nur fast? Es gibt keinen Nachweis, dass Osteuropäer auch nur geringfügig „krimineller" sind als die deutschen Eingeborenen, außer dass auch für EU-Bürger noch ein paar ausländerrechtliche Gesetze mehr gelten, gegen die sie verstoßen können.

Lob für Sarrazin und die SPD

Junge Freiheit Nr. 18/11
vom 29. April 2011

Der Herausgeber Dieter Stein ist ganz begeistert, dass die SPD Thilo Sarrazin doch nicht ausgeschlossen hat und gratuliert „uneingeschränkt" und kommt zu dem Schluss, dass damit der „Kampf gegen Rechts" gescheitert sei und fordert die Umsetzung der von Sarrazin vertretenen Thesen. Wie flexibel sich die SPD auch in die rechte Ecke öffnet, auch das Blatt hätte zur Kenntnis nehmen können, dass sich Sarrazin angeblich jedenfalls teilweise distanziert bzw. seine Thesen relativiert hat.

In dieser Ausgabe veröffentlicht nun die „Aktion Linkstrend stoppen" eine Anzeige – auch für eine Aktion am 7. Mai: „Erster Großer Konservativer Kongreß in Berlin" – sie wollen eine Bewegung ähnlich der rechten „Tea Party"-Bewegung in den USA in der Bundesrepublik schaffen und diskutieren, ob die CDU noch zu retten ist oder ob eine neue Partei die bessere Alternative ist. Das wird die europaweite Mobilisierung von Pro NRW für den Marsch am 7. Mai in Köln nicht gerade unterstützen. *uld* ■

Steigende Auflage

BERLIN/MÖRFELDEN. Die verkaufte Auflage des rechten Wochenblatts „Junge Freiheit" ist – nach eigenen Angaben – im ersten Quartal 2011 auf 19.350 Exemplare angestiegen. Dies ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 5,2 %. Die Druckauflage der in der Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH in Mörfelden-Walldorf hergestellten Wochenzeitung erhöhte sich um 7,4 % auf 26.565 Exemplare. Zum 25. Geburtstag der Zeitung im Juni dieses Jahres ist eine groß angelegte Vertriebskampagne geplant. Dabei sollen 500.000 Werbebeilagen verbreitet werden. Die Jubiläumsausgabe soll von Studenten „an allen Hochschulen in Deutschland" verteilt werden, „um gerade an junge Leser heranzutreten", kündigte der Chefredakteur des Blattes an. *hma* ■

Bischof Williamson in „Zuerst!"

GROSSBRITANNIEN/LONDON. Richard Williamson, umstrittener Bischof der „Priesterbruderschaft St. Pius X.", der demnächst in einem Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Regensburg stehen wird, ist von der extrem rechten Monatszeitschrift „Zuerst!" interviewt worden. Deren Chefredakteur, Manuel Ochsenreiter, fuhr eigens nach London, um den „Streiter Gottes" („Zuerst!") zu treffen. Im Interview übt Williamson heftige Kritik an der katholischen Amtskirche. Nahezu „jede postmoderne Schnapsidee findet irgendwo einen Katholiken, der diese – quasi – absegnet", so der traditionalistische Bischof.

Auch mit den Forderungen nach Gleichheit der Menschen hat Williamson so seine Probleme. Dabei mache doch die Ungleichheit „die Verschiedenheit und Schönheit der Schöpfung aus, wie auch der Ehe". Für Williamson geht von einer liberalen katholischen Kirchengemeinde eine größere Gefahr für die Europäer aus als von einer radikal-islamischen Moschee. „Es kann sein, daß es wieder Märtyrer geben wird", so Williamson und erinnert an die frühen Christen. *hma* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Adressensammlung von Pro NRW

Pro NRW verteilt zur Zeit Postkarten, mit denen angeblich eine Petition gegen die Aufnahme der Türkei in die EU unterstützt werden soll. Die Postkarte geht aber nicht an den Bundestag, sondern man soll Pro NRW die Karte mit Name und Adresse zusenden und vorher frankieren. Man kann davon ausgehen, dass dies mal wieder ein Versuch der rechten Gruppe ist, an Adressmaterial für den nächsten Wahlkampf zu kommen. Man kann solche Postkarten auch unfrankiert und durchgestrichen zurückschicken.

uld ■